

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 16.11.2010
Sitzung Nummer:	13 (SSKA/13/2010)
Sitzungsdauer:	17:00 - 20:10 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Edith Braun
Vorsitzende

Sabine Herzog
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Ralf Berlin

in Vertretung für Herrn Schönwald

Herr Rüdiger Kloth

Herr Bernd Prange

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Peter Zimmermann

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner

Frau Grit Dräger

Herr Dr. Gerd Heckenberger

Frau Karin Köppe

Herr Sven Oeberst

Protokollführer

Frau Sabine Herzog

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Herr Matthias Claus

Frau Susanne Grewatsch

Herr Jörg Hellmuth

Frau Annemarie Theil

Herr Riccardo Ulbrich

Frau Heike Wagner

Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Tiemo Schönwald

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Liebisch

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Informationen zur Schülerbeförderung/Neuer Fahrplan seit 01.11.2010
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschriften der 11. Sitzung vom 17.08.2010 und der 12. Sitzung vom 21.09.2010
 - 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 190/2010
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Braun eröffnet um 17.00 Uhr die 13. Sitzung des Fachausschusses im Landratsamt Stendal, Sitzungssaal "Stendal".

Sie begrüßt insbesondere den Landrat Herrn Hellmuth, den Dezenten Herrn Wulfänger, die Dezentin Frau Theil, Frau Dr. Bergmann, Herrn Rößler vom Verkehrsunternehmen, die Mitglieder des Ausschusses, Eltern, Schulleiter und alle weiteren Gäste, die an der heutigen Sitzung teilnehmen. Sie heißt alle recht herzlich willkommen.

In Anbetracht der Brisanz der letzten Tage und Wochen haben wir uns entschlossen, heute eine erweiterte Sitzung zu machen und sie sehen schon an der Präsenz des Landrates und seiner Dezenten wie wichtig uns die heutige Thematik ist, dass wir das keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen, was sich in den letzten Tagen und Wochen abgespielt hat, das wir uns erklären wollen und das wir in einem vernünftigen Gespräch, einer vernünftigen Aussprache von Eltern, Schulleitern und Verwaltung einschließlich den Mitgliedern des Kreistages zu Lösungen, die für alle Beteiligten befriedigend sein sollen, das ist unser Ansatz und unser Maßstab, das wir das im Endergebnis in den nächsten Tagen, ich sag mal Wochen auch, so leichte geht es nicht, erreichen. Das soll heute der Auftakt zu unserer Veranstaltung sein, nochmals heiße ich sie recht herzlich willkommen und eröffne die heutige Tagesordnung.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Von den Mitgliedern des Ausschusses fehlen Herr Liebisch und Herr Schönwald. Herr Schönwald wird durch Herrn Berlin vertreten.

Frau Braun macht in Anbetracht der Anwesenheit von Eltern den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt 3 nach hinten zu schieben, dann den Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln und den Tagesordnungspunkt 5 nach vorne zu setzen und diesen als Tagesordnungspunkt 3 zu führen.

Sie stellt die Anfrage zum Einverständnis an die Mitglieder des Fachausschusses und stellt Einvernehmen fest. Da es keine weiteren Ergänzungen, Hinweise und Veränderungswünsche gibt, gilt die Tagesordnung als festgestellt.

zu TOP 3 Informationen zur Schülerbeförderung/Neuer Fahrplan seit 01.11.2010

Frau Braun leitet den Tagesordnungspunkt ein, indem sie feststellt, dass das Ausmaß des Durcheinanders für alle sehr überraschend war. Sie führt weiter aus, dass im Ergebnis der Anrufe von Eltern, des umfangreichen Schriftverkehrs, der ihr zugegangen ist und der Aussprache mit Herrn Rößler allen an diesem Desaster Beteiligten klar geworden ist, dass hier Veränderungen im Sinne unserer Kinder notwendig sind. Frau Braun lobt außerordentlich das Engagement von Herrn Rößler, der immer ansprechbar war. Sie betont, dass es ihr in ihrer Funktion als ehrenamtliche Schulausschussvorsitzende besonders leid tut, dass den Kindern so viel Ungemach zugekommen ist, dass die Eltern ihre Kinder befördern mussten, weil ein pünktlicher Schulbeginn nicht möglich war, dass Kinder an den Bushaltestellen standen, kleine Kinder über Straßen gehen mussten, dass sie nicht abgeholt wurden, dass sie 1,5 Stunden gewartet haben und dann zu Fuß nach Hause gegangen sind. Diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden.

Frau Braun ruft alle Beteiligten auf, nach vorn zu schauen und die Zeit jetzt zu nutzen, festzustellen, was bisher verändert werden konnte und festzulegen, was noch verändert werden muss. Sie bittet den Ausschuss, darüber abzustimmen, den Elternvertretern und den Schulleitern das Rederecht zu erteilen. Frau Braun stellt Einvernehmen fest, damit erhalten die anwesenden Elternvertreter und die Vertreter der Schulleitungen die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen.

Herr Hellmuth begrüßt die Anwesenden und eröffnet sein Ausführungen mit einem kurzen Rückblick. Der Auslöser ist nicht unmittelbar der Fahrplanwechsel zum 01.11.2010, sondern der Beschluss über einen neuen Nahverkehrsplan im April 2009 im Kreistag. Damals wurde darauf hingewiesen, dass zum 31.10.2010 die Konzessionen ablaufen und dass in der Zeit von April bis Oktober 2009 ein Wettbewerbsverfahren vorzubereiten ist. Dieses Verfahren, nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wurde im Landkreis Stendal in dieser Form das 1. Mal durchgeführt.

Er führt weiter aus, dass mit den Erfahrungen der letzten 4 Wochen festgestellt werden muss, dass der Verwaltung bei der Umsetzung dieser Problematik ca. 3 bis 4 Monate gefehlt haben, um wirklich im Detail Feinabstimmungen durchzuführen, um solche Vorfälle, die sich insbesondere in den letzten 14 Tagen ereignet haben, vermeiden zu können. Denkbar ungünstig war der Wechsel mitten im Schuljahr, aber dazu gab es keine Alternative, weil definitiv zum 31.10.2010 die Konzessionen abgelaufen sind. Der Termin hätte theoretisch vorgezogen werden können, aber dann hätten noch einmal 2 Monate gefehlt.

Herr Hellmuth informiert über die Aufgaben, die im Rahmen der Umsetzung des Nahverkehrsplanes erfüllt werden sollten. Insbesondere ist das eine bessere Anbindung an den SPNV (Schienen-Personen- Nah-Verkehr). Weiterhin wurde versucht, alle Orte in das Netz aufzunehmen. Aber es stand natürlich auch das Ziel, den Fahrplan zu straffen und zu optimieren. Die bisher beschriebenen gravierenden Auswirkungen konnten nicht überschaut werden.

Herr Hellmuth erklärt allen Anwesenden, dass er dafür die Verantwortung übernimmt und dass er sich an dieser Stelle offiziell bei allen Kindern und Eltern für alle in den letzten 14 Tagen aufgelaufenen Probleme, wie Unpünktlichkeiten, volle Busse und zu spät kommen, entschuldigt.

Gleichzeitig gab er die Zusicherung, dass an den Verbesserungen der Bedingungen mit Hochdruck gearbeitet wird. An jedem Tag gibt es Abstimmungen bei ihm am Tisch. Die Fachleute fahren jeden Tag an die Brennpunkte, um sich vor Ort zu informieren und zusammen mit den Verantwortlichen, mit den Schulen und den Gemeinden die entsprechenden Probleme aufzunehmen und dann entsprechende Lösungen vorzubereiten.

Im weiteren erläutert Herr Hellmuth die Vorgehensweise bei der Problembewältigung und spricht von 3 Phasen. In der ersten Phase, die sich auf die Tage kurz nach dem 01.11.2010 bezieht, ging es darum, die normale Pünktlichkeit sowie die Sicherheit an den Haltestellen zu gewährleisten und herzustellen.

Die zweite Phase, in der wir uns gegenwärtig befinden, bezieht sich auf die Abstimmung des Einsatzes zusätzlicher Buskapazitäten, an den Stellen, wo die Busse tatsächlich übertoll sind.

In einer dritten Phase muss eine Überplanung des Fahrplanes vorgenommen werden, um insgesamt eine Straffung zu erreichen. Diese Phase sollte im Wesentlichen bis zu den Weihnachtsferien abgeschlossen sein, um dann die entsprechende Umsetzung vornehmen zu können.

Im folgenden geht der Landrat auf einige allgemeine Komplexe und zuerst auf die Hortproblematik ein. Es wurde versucht, den Hort, der als freiwillige Aufgabe zu sehen ist, von Anfang an den vorhandenen ÖPNV zu integrieren. Das ist zu 80 % gelungen. Verständnis zeigt er für diejenigen Eltern, deren Probleme noch nicht in der ersten Phase

realisiert wurden. Aber auch hier sind in den letzten Tagen schon einige Verbesserungen erreicht worden.

Ein zweites allgemeines Problem ist die Problematik Differenzen der Schülerzahlen. Die Sachlage wurde gemeinsam mit dem Unternehmen Ende der Woche letztendlich analysiert. Hier geht es um die Schüler der 11./12

Klassen der Gymnasien und um die Berufsschüler. Diese Zahlen konnten uns aktuell nicht vorliegen, da eine konkrete Übersicht erst nach Abrechnung der Fahrkarten im Fachamt vorhanden ist. Auf dieser Grundlage kann regelmäßig ein Abgleich mit dem Unternehmen vorgenommen werden, der dann wiederum eine Grundlage für den Einsatz von zusätzlichen Verstärkerbussen ist.

Als weiteres spricht Herr Hellmuth das bei den Grundschulen aufgetretene Problem an, dass die Kinder zu lange unterwegs sind. Hier wirkt sich die Besonderheit in Sachsen-Anhalt, die Grundschule der festen Öffnungszeiten, aus. Die Satzung wird formell eingehalten, aber trotzdem sind natürlich die Zeiten, von der Abfahrt morgens bis zur Ankunft abends, zu lang. Zukünftig soll über Planungen erreicht werden, dass die Schulanfangs- und die Öffnungszeiten der Grundschulen maximal 30 bis 40 Minuten unter- oder überschritten werden.

Der Landrat erläutert eine Übersicht, die den Anwesenden nachher vorgestellt werden soll.

Für jede Verbandsgemeinde und Einheitsgemeinde wurde eine Übersicht erstellt, in der die Probleme, die jeden Tag über Briefe, Mails oder auch Zeitungsartikeln angekommen sind, aufgenommen wurden.

Gemeinsam mit dem Unternehmen waren und sind Lösungen zu erarbeiten. Natürlich wird auch hier versucht, einen Zeithorizont zu erstellen, wo und wie wir diese Lösungen umsetzen wollen.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Hellmuth für seine Ausführungen und fragt die Mitglieder des Kreistages, ob es Ergänzungen oder Anfragen an den Landrat gibt. Da das nicht der Fall ist, erteilt sie Herrn Rößler das Wort.

Herr Rößler begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für ihr Interesse, gemeinsam hier im Ausschuss über das Thema Schülerbeförderung und über die Probleme in der Schülerbeförderung zu reden.

Der Landrat, Herr Hellmuth, hat schon einige Dinge gesagt, die er von seiner Seite ergänzen möchte. Es wurde bereits schon mehrfach angesprochen, dass wir zum 01.11.2010 im Landkreis Stendal nicht nur einen Fahrplanwechsel hatten, sondern ein kompletter Systemwechsel stattgefunden hat. Wenn man jetzt auf die letzten zwei Wochen zurückschaut,

aus Sicht des Unternehmens, aber auch aus dem Blick des Unternehmens, welches sehr intensiv mit dem Landkreis und der Verwaltung zusammengearbeitet hat, dann kann man sagen, es gibt zwei große Problemlagen. Das eine ist die erste Betriebswoche, die tatsächlich zu erheblichen Schwierigkeiten geführt hat. Es kam insbesondere in der ersten Betriebswoche, in den ersten zwei Tagen, zu erheblichen Problemen überhaupt, Anschlüsse sicher zu stellen.

Insbesondere am Montag und Dienstag, am 01. und 02. November ergab sich die Problematik, dass Schüler aber auch Jedermann - Fahrgäste nicht weit gekommen sind. Das ist ganz klar dem Unternehmen zuzuordnen. Hier ist „Stendalbus“ ein katastrophaler Fehler unterlaufen, dazu muss nicht weiter diskutiert werden. Dieses Problem, so glaubt Herr Rößler, wurde sehr schnell abgeschafft.

Ab Mittwoch gab es einen relativ stabilen Betrieb, was die Anschlüsse anbetrifft.

Im Weiteren geht Herr Rößler darauf ein, welche Veränderungen im Netz stattgefunden haben.

Neben dem Fahrplanwechsel hat es auch andere Linienwege, Liniennummern, Anschlussbeziehungen und neue Technik gegeben. Erschwerend kam noch der Wechsel

im Schuljahr und der Monatswechsel dazu. Obwohl das bekannt war, hat es am Ende noch dazu geführt, dass eben erhebliche zeitliche Verzögerungen auftraten. Das Unternehmen hat sich sehr intensiv auf diesen ersten November vorbereitet, was an dieser Stelle unbedingt festgehalten werden muss. In diesem Zusammenhang bedankt sich Herr Rößler bei all denjenigen, die das Unternehmen in den ersten zwei Wochen unterstützt haben, um überhaupt Fuß fassen zu können. Der Dank gilt natürlich den eigenen Mitarbeitern, dem Fahrpersonal, die es am Ende auf den Straßen ausgehalten haben, den Partnerunternehmen, aber auch den Mitarbeitern der Verwaltung, die „Stendalbus“ hier auch sehr stark unterstützt haben, die Probleme lösen zu können. Neben ganz konkreten Anschlussprobleme, gab es konkrete Fahrzeitprobleme, die an einigen Stellen immer noch existieren. In den ersten Tagen gab es insbesondere Probleme mit tatsächlich sehr vollen Bussen, das ist sicher ein Sonderthema, über das noch einmal separat gesprochen werden kann. Was sind überhaupt volle Busse, wo sind die Ursachen? Falls es Nachfragen gibt, geht Herr Rößler auf dieses Problem näher ein. Prinzipiell hat die Firma das Problem an einigen Stellen erkannt wie beispielsweise in Tangerhütte, in Tangermünde und im ostelbischen Bereich. So konnten sehr schnell verstärkt Busse eingesetzt werden, um letztendlich dafür zu sorgen, dass nicht mehr Schüler in den Bussen mitfahren mussten, obwohl es vielleicht satzungskonform war. Herr Rößler führt aus, dass „Stendalbus“ in den zwei Wochen, in denen sie mit den Problemen zu kämpfen hatten, nach eigenem Erkenntnisstand in zwei, mit der Dunkelzimmer zusammen, in zehn Fällen tatsächlich mit Satzungsverstößen zu tun hatte. Von allen Beteiligten werden hier gemeinsam mit dem Landkreis Lösungen gesucht.

Es hat im Bereich der operativen Leistungserbringung sicher anfänglich das Problem gegeben, dass die Firma für viele Eltern und anderen Fahrgäste gar nicht zu erreichen war, weil die Telefone diese Flut von Anrufen gar nicht aufnehmen konnten. Die Informationen sind aber alle da, „Stendalbus“ bearbeitet sie gemeinsam mit dem Landkreis, um letztendlich schnell Verbesserungen zu erreichen. Die Systematik, die ge-

wählt worden ist, um die Komplexität eines solches großen Landkreises, wie den Landkreis Stendal zu erfassen, ist die Vorgehensweise im Uhrzeigersinn. Ob richtig oder falsch, irgendwo muss man anfangen, wenn man in so ein Gebiet hineingeht.

So konnten in zwei Wochen sehr stabile Verhältnisse im Bereich Ostelbe geschaffen werden.

Der gesamte südliche Bereich, wie Tangerhütte, Tangermünde ist fast komplett überarbeitet worden. Das erfolgte auch in sehr enger Abstimmung mit dem Gymnasium Tangermünde, als einen Schwerpunkt des ÖPNV.

“Stendalbus“ ist seit gestern mit dem Privatgymnasium im Gespräch, um die Probleme, die dort auftreten, lösen zu können. Die Firma hat sich dann in der letzten Wochen sehr intensiv mit dem gesamten Bereich Bismark beschäftigt, wo zu Beginn der

nächsten Woche kurzfristige Lösungen umgesetzt werden sollen, um hier im System Verbesserungen herbeizuführen. Herr Rößler führt weiter aus, dass das Beförderungsunternehmen auch im nördlichen Bereich (Osterburg, Seehausen) sehr schnell für Entspannungen sorgen wird. Insofern ist die Firma mit Hochdruck dabei, die Probleme, die vorhanden sind, zu lösen. Das Unternehmen wird auf der anderen Seite aber auch mit Fragen konfrontiert, die nur gemeinsam mit dem Landkreis gelöst werden können. z.B. Kapazitäten der Fahrzeuge oder eventuelle Änderung der Warte- und Fahrzeiten für die Schüler. Auch hier müssen Kompromisse gefunden werden, da dies nicht 1:1 umzusetzen ist. Auch wenn manchmal ganz kleine Probleme da sind und eine schnelle Lösung denkbar scheint, hängt am Ende ein Gesamtsystem daran. Selbst die kleinste Änderung greift in das System ein und ist nur Schritt für Schritt abzuarbeiten. (Bsp. Gymnasium Tangermünde)

Das Thema Kommunikation muss besser gestaltet werden. Das ist ein Punkt, der in den letzten Wochen erkannt bzw. wiedererkannt wurde. In dem Zusammenhang spricht Herr Rößler für die Verwaltung, die sich hier sehr stark bei der Lösung der Probleme eingebracht hat.

Bei aller Kritik muss gesagt werden, dass es dem Unternehmen und allen Beteiligten gelungen ist, an den großen Brennpunkten schon für deutliche Entlastung zu sorgen. Dennoch ist viel zu tun.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Rößler für die Ausführungen und erteilt Herrn Zimmermann, der als erster eine Anfrage hat, das Wort.

Herr Zimmermann stellt fest, dass Herr Rößler Probleme geschildert hat, die da waren und zum Teil gelöst sind oder super gelöst werden sollen. Ihn würde nochmals ganz kurz interessieren, ob die Aufgaben vollkommen unterschätzt wurden, Informationen gefehlt haben oder ob falsche Informationen weitergeleitet worden waren.

Frau Braun bittet Herr Rößler, gleich am Pult stehen zu bleiben. Es wäre besser gleich zu antworten. Gleichzeitig informiert sie Herr Rößler darüber, dass darum gebeten wurde, die gesamte Veranstaltung aufzeichnen zu lassen, damit keine Meinung verloren geht.

Herr Rößler erläutert, dass das Unternehmen zum Einen die Situation etwas unterschätzt hat und zum Zweiten noch nicht alle Informationen vorhanden waren. Er schätzt ein, dass eine derartige Umstellung, eine solche Komplexität sich für alle Beteiligten, sowohl für die ausschreibende Stelle als auch für die bietende Stelle, äußerst kompliziert darstellt. Es sind auch Zwangspunkte vorhanden, so ähnlich wie bei einem Fußballspiel, bei dem die Eckfahnen gesetzt sind, denn erst dann kann auf diesem Fußballfeld gespielt werden. Das Beförderungsunternehmen hat diese Eckfahnen genutzt und versucht, in diesem abgesteckten Spielfeld mit den zur Verfügung stehenden Informationen zu arbeiten. Insofern wurde das Ganze nicht unterschätzt. Es muss aber an der einen oder anderen Stelle gesagt werden, geht doch mal hinein, in die Schule, vielleicht war das Verfahren in der Zeit insgesamt zu kurz, auch in der Vorbereitung. Sowie es der Landrat Herr Hellmuth gesagt hat, 4 Monate mehr wären sicher hilfreich gewesen.

Herr Rößler versichert, dass sein Unternehmen, die Anforderungen, die gestellt wurden, mit deutlichem Abstand am Besten erfüllt hat. Er will damit nicht zum Ausdruck bringen, wie toll die Firma ist, sondern dass das Angebot eben unter den gesetzten Rahmenbedingungen ansonsten nur schlechter ausgefallen wäre. Er urteilt damit nicht über andere Angebote, die es gegeben hat.

Das an einigen Stellen Datenprobleme aufgetreten waren, wurde bereits schon von Herrn Hellmuth angesprochen. Herr Rößler bestätigt, dass die Firma auch selbst Datenfehler gehabt hat. An dieser Stelle nennt er zu kurze Fahrzeiten, die von übernommenen Daten herrühren, zum Teil aus Bestandsdaten. So wurden Haltestellen mit angefahren, die es offiziell gar nicht gibt, hier als Beispiel Dobberkau. Es war noch nie eine offizielle Haltestelle. Nach Rücksprache mit der Verwaltung ist es jetzt eine Haltestelle geworden. Herr Rößler erläutert, dass es eben in einem Verfahren so ist, dass man sich nur auf zur Verfügung gestellte Datensätze berufen kann. Die Erfahrung, die in einigen Betrieben vorhanden ist, durch die Arbeit vor Ort, die Kenntnis der Bedingungen, genaue

Kenntnis von Schülerströmen und Fahrwegen usw., die sind in einem solchen Verfahren nicht gefragt. In einem solchen Verfahren gelten andere Gesetze, der Bieter muss die Anforderungen erfüllen.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Rößler und erteilt Herrn Wiese das Wort.

Herr Wiese bringt sein Entsetzen in Bezug auf die Auskünfte von Herrn Rößler und die gesamte gegenwärtige Situation in der Schülerbeförderung zum Ausdruck. Weiterhin führt er aus, dass bewiesen worden ist, dass 70 % der Schüler zu spät zur Schule kamen, dass Grundschüler umsteigen mussten, im Dunkeln und ohne Aufsicht, dass wir mehr Geld bezahlen müssen, dass die Eltern Hortkosten bezahlen, die im Prinzip ihren Hort gar nicht nutzen können. Er gibt dem Unternehmen nicht allein die Schuld, sondern die Schuld trägt natürlich auch die Verwaltung.

Die entscheidenden Fragen für die Eltern sieht Herr Wiese unter anderem in den Fragestellungen, wann die Kinder wieder sicher zur Schule kommen und vor allem pünktlich, wann die Lehrer wieder anständig morgens ihre erste Stunde beginnen können und nicht auf Kinder warten müssen, die eine Minute vor Unterrichtsbeginn aus den Bus aussteigen und nicht mal zur Toilette gehen können oder ihre Jacke an den Haken hängen können. Herr Wiese verweist noch einmal auf die Einhaltung der Schülerbeförderungssatzung, die Vermeidung des Umsteigens der Schüler der Sekundarschulen und Gymnasien und des Verbots des Umsteigens für Grundschüler (Beispiel ist Osterburg/LIDL) Außerdem ist der Grundsatz einzuhalten, dass kein Schüler schlechter gestellt sein darf. Als Beispiel führt Herr Wiese Osterburger Schüler, die nach Meseberg fahren müssen auf, die früher 1,25 € zu bezahlen hatten und jetzt 1,90 € pro Tag mehr bezahlen müssen. Die Schüler haben alle nicht soviel Geld in dieser Region. Das muss den Eltern erklärt werden. Herr Wiese stellt sich natürlich die Frage, wie dieser Fahrplan im Winter bei Schnee und Eis umgesetzt werden soll, da gibt es sicherlich nochmals größere Probleme und vielleicht sollte dann die erste Stunde ganz ausfallen.

Frau Braun stellt fest, dass die Frage vielleicht nicht nur an Herrn Rößler zu richten ist, denn das muss man der Fairness halber sagen, das Unternehmen hat uns eine Ware geliefert, die angeblich nach der Bestellung gekommen ist. Um es neudeutsch oder ganz primitiv zu sagen, wenn Bratwurst mit Pommes bestellt wurde, kann man nicht Filetbraten erwarten. Frau Braun stellt ganz selbstkritisch fest und so ehrlich sollte man doch zumindest in der heutigen Sitzung sein und sagen, dass natürlich auch unter dem Aspekt, Kosten und Geld zu sparen, ausgeschrieben werden sollte. Aus dem Grunde sollte die Optimierung des ÖPNV, inklusive der Schülerbeförderung erfolgen. Die Mitglieder des Kreistages, die im Schulausschuss sitzen, haben sich gefragt, ist das überhaupt unter den Bedingungen des riesigen Landkreises nach drei Schulentwicklungsplanungen, nach Schulschließungen, nach Standortwahl, nach den Entfernungen machbar. Alle hatten große Bedenken, in dieser Beziehung muss Frau Braun Herrn Wiese total recht geben. Dennoch hätte sie sich das so schlimm nicht vorstellen können. Sonst wäre wahrscheinlich die Notbremse noch eher gezogen worden, denn so wenig war ja gar nicht zur Verfügung. Die erste Abfrage an den Schulen wurde vor den Sommerferien 2009 durchgeführt, dabei ging es um den Beginn und das Ende der Öffnungszeiten der Schulen.

Danach gab es Unstimmigkeiten zwischen den Schulen und der Verwaltung. Bei der Begriffsbestimmung der Schule mit festen Öffnungszeiten kam es zu Unstimmigkeiten.

Frau Braun bedauert es wirklich sehr und möchte sich auch entschuldigen, dass sie sich nicht vor 1 ½ Jahren damit so befasst hat, wie zum jetzigen Zeitpunkt. Zuerst haben die Grundschulen ihre Öffnungszeiten gemeldet (zwei Seiten). Danach haben die Gymnasien und die Sekundarschulen, so wie ihre Lebensqualität, so wie ihre Schullandschaft ist, ihre

Schulkonzepte es auch inzwischen erfordern, ihre Zeiten gemeldet. Nach Meinung von Frau Braun kam es in der Phase der Vorbereitung der Ausschreibung zu einer nicht ausreichenden Kommunikation zwischen dem ÖPNV des Landkreises, dem Schulamt des Landkreises und den Schulen sowie Elternvertretungen bzw. den Trägern der Horte in den Städten und Gemeinden. In dieser Vorhaltungsphase der Ausschreibung hätten schon Runden stattfinden müssen, die solche Probleme, wie Rückfahrten oder was findet an Schulen statt (Kultur, Sport usw.) behandeln hätten sollen. Denn, wie sie wissen, gibt es ein Schulgesetz, das eine Hin- und eine Rückfahrt festlegt, es gibt aber auch ein Kinderbetreuungs- oder Kinderförderungsgesetz inzwischen in Sachsen-Anhalt und beide Gesetze sind vom Land erlassen. Danach sind die Kinder nach Bedarf zu betreuen. Bedarf heißt, so wie die Eltern arbeiten müssen und die Kinder nicht versorgen können, so muss die Öffnungszeit an einer Kindertagesstätte oder in einem Hort sein. So z.B. von morgens 6.00 Uhr bis abends um 17:00 Uhr, wenn der Bedarf dafür vorhanden ist. Es wurde Geld in die Hand genommen und man wollte die jungen Familien, die es schon schwer genug haben in unserem Altmarklandkreis, unterstützen. Das ist auch wirklich politisch so gewollt gewesen. Dann kam es im April wiederholt zu Absagen vom Schulamt an die Schulen, das haben die Schulleiter Frau Braun so bestätigt. Sie sollten sich jetzt für eine

Hin- und eine Rückfahrt entscheiden. Nur eine, nicht zwei so wie bisher, eine. Dann waren natürlich auch die Schulleiter verunsichert. Schulende ist, wenn die 4. Klasse Schulschluss hat. Also wurde die zweite Zeit gemeldet. Damit ist der 13:00 Uhr-Bus automatisch herausgefallen und damit begann das erste Unglück. Frau Braun führt weiter aus, dass der Landkreis im April 2010 den Fahrplan schon genehmigt hat. Davon wusste sie nichts. In diesem Zusammenhang richtet sie eine Kritik an die Verwaltung von Stadt und Land, an die örtlichen Verwalter, die Städte, die inzwischen mit der Gebietsreform zu tun hatten, aber in dieser komplizierten Phase wurde nicht genau genug auf die Fahrpläne geachtet und es wurden keine Bedenken beim Landkreis, beim Schulamt angemeldet. Dann kamen die Ferien und auf

einmal war Ende April die Hortphase gar nicht in den Fahrplänen. Später wurden die Hortphasen wieder aufgenommen, aufgrund des politischen Willens der Mitglieder des Kreistages, des Schulausschusses. Bei den Anhörungen im September wurde von den Verwaltungen darauf geachtet, fehlende Verbindungen aufzunehmen. Frau Braun wendet sich an Herrn Rößler und erläutert ihm, dass es während dieser Anhörungen z.B. auch darum ging dass, wenn Schulbeginn 7:30 Uhr ist, der Bus nicht 7:28 Uhr ankommen kann. In der Realität ist er dann erst 7:45 Uhr angekommen. Sie spricht ein weiteres grundsätzliches Problem in Sachsen-Anhalt an. Es gibt ein Schulgesetz und ein Kinderförderungsgesetz, die in unterschiedliche Trägerschaften, Zuständigkeiten fallen und damit sind die Kosten auch unterschiedlich veranschlagt. Es hat sich so entwickelt, was natürlich an der Lebensrealität unserer Kinder und Schulen vorbeigeht. Im Prinzip wird an fast allen Schulen, schon aufgrund der Entfernung, eine Ganztagsbetreuung durchgeführt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, die noch diskutiert werden sollte, warum wurde es nicht verstanden, regional in den Einzugsbereichen der Schulen zusammen mit den Elternvertretungen, mit den Schulleitern und mit dem Busunternehmen vor Ort die Fahrplanentwürfe durchzusprechen und die Örtlichkeiten zu testen. Es wäre dann wirklich die Zeit von April bis jetzt zur Verfügung gewesen, um alles in den Griff zu bekommen. Nun war der Zeitraum bis zum 01.11.10 um diese Probleme lösen zu können, denkbar kurz und deshalb hat Herr Hellmuth das richtig festgestellt, bedarf es noch einiger Geduld, bis wir die noch vorhandenen Unstimmigkeiten beseitigt haben. Einige Dinge sind Frau Braun unverständlich, die sie aber vorgestern mit Herrn Rößler ausgewertet hat. So stehen Busse an Bushaltestellen, die nie da waren. Plötzlich sind Busse da, die keiner braucht. An anderen Stellen werden sie gebraucht, da sind sie aber nicht. Es werden Bushaltestellen, die schon wegrationalisiert worden waren, wieder aufgenommen. Das wurde angeblich veranlasst, weil die Stadt das so wollte und es führte kein Weg trotz Elternprotest, trotz Schulleiterprotest über das Amt dahin, dies wieder zu korrigieren. Inzwischen erfolgte die Korrektur. Frau Braun fordert alle Anwesenden auf, bitte noch die Hinweise zu geben, wo es nicht funktioniert, täglich, stündlich, das ist ganz egal, wird es durchgesprochen und sie gibt die Zusage, dass sie sich dafür einsetzen wird, dass diese Probleme gelöst werden. Sie beendet ihre Ausführungen mit der Frage, warum die Kommunikation so schwierig war.

Herr Rößler wendet sich an Herrn Wiese, um auf dessen Fragen und die aufgeworfenen Probleme einzugehen. Zum Thema Umstieg von Grundschulkindern, Umstieg auch im Dunkeln bestätigt er, dass es ein Problem gibt, aber genau eins. Es gibt nur ein Problem aus Sicht des Unternehmens und das ist das der Grundschule Flessau. Herr Rößler ist deshalb mit dem Direktor und mit den Eltern im Gespräch. Weiterhin gibt es nicht ein Problem, wo Grundschüler umsteigen, es sei denn, es betrifft den Hort. Das Unternehmen hat die Hortfahrten im Juli eingelegt, als es erfahren hat, das sie nicht enthalten waren. Aber es geht nur das Aufzunehmen, was überhaupt noch in einem genehmigten Fahrplan möglich ist. Die Hortfahrten wurden prinzipiell im Nachgang eingelegt. Das hat auch das Unternehmen überrascht. „stendalbus“ hat Ende April, Anfang Mai die Genehmigung erhalten. Ab Juni wurden die Hortfahrten in die Fahrpläne eingearbeitet und als dann fast der gleiche Fahrplan, nur ergänzt mit den Horttouren eingereicht wurde, ist eine Welle der Entrüstung auf das Unternehmen niedergegangen, was denn das für Fahrpläne seien.

Hier stellt sich für die Firma die Frage, warum wurde nicht Ende April gesagt, dass der Fahrplan so nicht funktioniert. Als das Unternehmen etwas Positives vorgenommen hat, was es nicht hätte tun müssen, nämlich die Hortfahrten einlegen, erntete es nur Kritik. Aber so ist das eben und das zeichnet ein Unternehmen aus, mit Hochdruck daran zu arbeiten, die anstehenden Probleme wirklich zu klären. Es kümmert im Moment keinen zu erforschen, warum, weshalb, wieso, sondern es geht darum, gemeinsam mit allen Beteiligten nach Lösungen zu suchen.

Beim Thema Kosten und Zeit muss sehr genau in die Ausschreibungsunterlagen gesehen werden, was ist ausgeschrieben, wie sind daraus zwangsläufig Kostenentwicklungen, wie sind Zeitentwicklungen. Herr Rößler kann aus Rücksprachen mit anderen Unternehmen, die mitgeboten haben, sagen, dass der Landkreis ein an einigen Stellen deutlich besseres Angebot bekommen hat, weil nämlich jeder der anderen Bieter, der nur seinen Bereich kennt, zu seinen Bedingungen gar nicht in einem anderen Bereich ÖPNV anbieten kann. Herr Rößler erläutert, dass man so ehrlich sein muss zu sagen, was ist denn tatsächlich an Forderungen realisierbar, was wurde bereits umgesetzt, was sind die Vertragspartner bereit gemeinsam nachzubessern und was bringt das zwangsläufig an

Auswirkungen auf dem Gebiet der tariflichen Entwicklungen mit sich. Es ist auch kein Geheimnis, dass ein neues Tarifsystem zwangsläufig zu erheblichen Veränderungen führt und es gibt, wie in jedem anderen Fall bei einem Wabentarif Gewinner und Verlierer. Es war eine Ausschreibungsbedingung, einen Wabentarif anzubieten und damit ist klar, was passiert Jetzt muss mit Hochdruck gemeinsam nach den Problemlösungen gesucht werden, und die sind nicht alle von heute auf morgen zu finden. Es ist unmöglich, etwas was in einem Verfahren über 6 Monate vorbereitet wurde von der Ausschreibungsstelle und einem Bieter mit enormer Manpower, mit mehreren Leuten, die extern und intern über ein halbes Jahr aufgebaut wurde, innerhalb kürzester Zeit komplett auf den Kopf zu stellen. Und deshalb ist die Strategie so zu verfahren, dass wir gemeinsam Punkt für Punkt die Probleme abarbeiten und Lösungen suchen.

Frau Braun fragt Herrn Wiese, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Herr Wiese erwidert, dass es noch viele Fragen gibt. Er stellt nochmals fest, dass man dem Unternehmen nicht unbedingt alleine die Schuld geben kann. Wichtig für ihn ist zu erfahren, wer denn die Fahrpläne im Vorfeld kontrolliert hat und wer sich diese einmal genauer angesehen hat.

Herr Wiese unterstreicht, dass sich so schnell als möglich, und nicht erst kurz vor Weihnachten, die Bedingungen für die Kinder verbessern müssen. Sie müssen sicher und gesund zur Schule kommen und pünktlich und um andere Sachen geht es im Augenblick nicht.

Fragen gibt es dazu noch viele. Aber an dieser Stelle hier sicherlich nicht.

Herr Rößler versichert, dass etwas passiert, östlich der Elbe sind die Fahrzeiten alle entzerrt und auch im Süden passen die Fahrzeiten, wir haben jetzt die Probleme im gesamten Bereich Bismark, Garlipp in Bearbeitung. Da ist z.B. eine Haltestelle von der Bundesstraße zurückverlegt worden, das gleiche betrifft auch eine Landesstraße. Das sind Sachen, die man relativ schnell abarbeiten kann. Auf der anderen Seite gibt es andere komplexere Themen. So wird die Haltestelle Bismarker Straße in Osterburg nicht von heute auf morgen verlegt werden können, weil hier ein Gesamtsystem betroffen ist. Da muss man den gesamten Bereich neu beplanen, wenn man diese Haltestelle nicht haben will und es gibt keine verkehrliche Alternative.

Frau Braun bedankt sich und erteilt der Kreiselternratsvorsitzenden, Frau Schwarz, danach in der Reihenfolge Herrn Berlin, Herrn Kloth und Herrn Bartels das Wort. Nach den Mitgliedern des Kreistages erhält eine Elternvertreterin das Rederecht.

Frau Schwarz stellt fest, dass bereits viel gesagt worden ist, was alles in der letzten Zeit schief gelaufen war. Es stand immer das Problem des 01.11.10, erschwerend kam der Punkt Fahrkartenverkauf hinzu. Sie schätzt ein, dass wir wahrlich Glück hatten, dass das Wetter mitgespielt hat. Sie weist darauf hin, dass jetzt der 01. Dezember kommt, diese Zeit ist wieder neu zu planen. Die Schüler müssen jetzt schon informiert werden, dass sie z.B. die Fahrkarten ein bisschen früher kaufen sollten. Es ist sehr viel gesagt worden. Was von Herrn Wiese angesprochen wurde, ist für Frau Schwarz teilweise nicht nachvollziehbar. Was für viele Eltern nicht verständlich ist, sind so lapidare Dinge wie diese zu vollen Busse. Frau Schwarz stellt fest, dass das Wertvollste, was wir Eltern haben befördert wird, im Moment wohl eher transportiert und in diesem Zusammenhang müssen sie auch die Emotionen der Eltern verstehen. Das da teilweise auch unsanft diskutiert wird, das kommt vor, aber da müssen sich auch alle entgegenkommen. Sie führt weiter aus, dass sie als Eltern nicht die Möglichkeit der Anhörung hatten. Die Fahrpläne sind in der Oktoberwoche in die Schulen gekommen. Sie hat damals dem Schulausschuss mitgeteilt, dass es kompliziert wird. Es wurde ein Schreiben verfasst, mit der Bitte, 14 Tage Zeit für die Fahrpläne zu haben. Die Fahrpläne waren erst in der letzten Woche bekannt. Da konnten die Eltern nicht mehr reagieren. Als sie den Fahrplan ihres Sohnes das erste Mal gesehen hat, dachte sie, dass er nie pünktlich nach Hause kommt und dass er unbedingt das Handy mit zur Schule nehmen muss. Und so ging es vielen Eltern. Frau Schwarz schlägt vor, dass das Busunternehmen konkret vorstellt, welche Punkte bereits abgearbeitet sind und dann schlussendlich gesagt werden kann, was in den einzelnen Bereichen noch offen ist. Wenn nicht so verfahren wird, dreht man sich noch ewig im Kreis und alle müssen hier noch eine ganze Weile sitzen.

Herr Berlin erläutert, dass in der Finanzausschusssitzung vom 06.05.2010 der Landrat das erste Mal darüber informiert hat, wer den Zuschlag erhalten hat. Danach sind wahrscheinlich die Fahrpläne erstellt worden, die dann, nach seiner Kenntnis, auch allen Trägern öffentlicher Belange zugegangen sind. Ob es jetzt der Landesbetrieb Bau war, der Straßenbau, das Straßenverkehrsamt oder ob die Verwaltung damit richtig umgehen konnte, vermag er nicht einzuschätzen.

Herr Berlin stellt dem Geschäftsführer Herrn Rößler die Frage, wo denn wirklich die Einsparungen des Landkreises liegen. Obwohl schon seit vielen Jahren die Entwicklung in dieser Beziehung verfolgt wird, konnte man

es im Haushalt nicht feststellen, dass Geld eingespart wurde. Es wird auf Kosten der Kinder gespart. Er versteht, dass eine gewisse Summe vorgegeben wird. Herr Berlin stellt weiter fest, dass bestimmte Dinge, die jetzt hochkommen, z.B. Busse, die stehen bleiben, Busse, die zu spät ankommen, teilweise auch früher schon so waren. Eine Bürgerin im Schulausschuss hat einmal gesagt, eine viertel Stunde vorher muss der Bus an der Grundschule sein. Das war früher auch nicht so, das konnte er in seinem Bereich verfolgen.

Unvertretbar ist aber in dieser Beziehung, dass an vielen Grundschulen zwischen den Ankunftszeiten des ersten Busses und des letzten Busses eine halbe Stunde vergeht. Das ist zuviel.

Am 17.08.2010 hat Herr Prange im Schulausschuss gefragt, warum es noch keine Fahrpläne für die Zeit ab 01.11.2010 gibt. Frau Dr. Bergmann hat darauf geantwortet, dass man mit dem Busunternehmen im Kontakt ist und Frau Braun bittet Frau Dr. Bergmann, den Fahrplan für die Zeit vom 01.11.2010 so schnell als möglich vorzustellen. Herr Berlin stellt die Frage, ob da mal jemand nachgehakt hat. Er unterstreicht, dass jetzt nach vorn gesehen werden muss, denn nur so kommt man jetzt auch weiter. Auf jeden Fall dürfen Grundschüler nicht umsteigen, wie das Herr Wiese bereits gesagt hat. Ihm kommt es so vor, als hätten die Schulleiter und die Schulen gar keine Fahrpläne gehabt und dadurch auch nicht reagieren können.

Frau Braun stellt fest, wenn ein Auftrag an die Verwaltung geht und das im Protokoll verankert ist, dann kann es nicht die Aufgabe des Ehrenamtlichen sein, dies zu kontrollieren. Das ist ein klarer Arbeitsauftrag und der ist umzusetzen. Im Ehrenamt kann man wirklich nicht mehr tun, als immer den Finger in die Wunde zu legen. Frau Braun erteilt Herrn Kloth und danach Herrn Bartels das Wort.

Herr Kloth schließt sich seinen Vorrednern an und unterstreicht das von Herrn Berlin gerade gesagte, denn das trifft eigentlich den Kern der Sache. Er beginnt seine weiteren Ausführungen mit dem Zitat, wer ohne Schuld sei, der werfe den ersten Stein und da ist etwas Wahres dran.

Hier ist offensichtlich eine Verkettung von Umständen eingetreten, wo keiner der Beteiligten sagen kann, ich habe alles richtig gemacht und er muss alle ein bisschen mit einbeziehen, denn sie sitzen oft genug im Schulausschuss zusammen und es hätte vielleicht auffallen müssen, oder man hätte dann vielleicht doch energischer nachgefragt oder nachhaken müssen. Die Schuld nimmt er auf sich.

Herr Kloth unterstreicht, dass derjenige, der beteiligt war, auch irgendwo einen Fehler gemacht hat, der eine mehr der andere weniger und es bringt letztendlich keinen weiter, jetzt immer wieder ergründen zu wollen, wo war der Kardinalfehler, wer hat mehr Schuld, wer hat weniger Schuld. Außerdem wurde die Schuldfrage hier schon mehrfach und sehr ausführlich behandelt.

Im Weiteren stellt Herr Kloth fest, dass die Hauptprobleme nicht von einem Tag auf den anderen gelöst werden und dass nach wie vor einige Wochen vergehen werden, um es einigermaßen lösen zu können. Und da würde er sagen, dass jetzt sofort sämtliche Energie darauf verwendet werden sollte, diese Probleme umgehend für den gesamten Landkreis zu lösen, wobei es nicht hinzukriegen ist, dass jeder bestmögliche Fahrzeiten haben wird. Ziel sollte es aber sein, möglichst optimale Fahrzeiten zum Wohle der Kinder zu erreichen. Herr Kloth richtet an Herrn Rößler die Frage, wann die größten Probleme in den Griff zu bekommen sind, ist vor Weihnachten realistisch oder kann es länger dauern.

Herr Rößler schätzt ein, dass die größten Probleme bis Weihnachten in den Griff zu bekommen sind. Im ostelbischen Raum gibt es nur noch ein schwerwiegendes Problem, und zwar, dass die Schüler zu lange unterwegs sind. Ansonsten gibt es im Havelberger Raum den Kritikpunkt, dass ein Bus insbesondere in Richtung Norden als zu voll wahrgenommen wird, der vom Unternehmen dreimal inspiziert wurde. Seitens „stendalbus“ wurde in jedem Fall eingeschätzt, dass es nicht an dem ist. Das Unternehmen sieht demnach im ostelbischen Raum keinen größeren Handlungsbedarf und auch im südlichen Bereich gibt es keine schwerwiegenden Probleme mehr. Da wurde auch das Problem der 7. Stunde gelöst. An den Problemen im Bismarker Bereich arbeitet das Beförderungsunternehmen auf Hochtouren. So wird das Thema Schulwegsicherheit in Garlipp und Buchholz morgen gelöst sein. Am Montag wird Garlipp anders angefahren sowie der Hort Dobberkau und in Schinne angebunden. Dann erfolgt in dem Bereich eine Entzerrung der Fahrzeiten. Im nördlichen Bereich des Landkreises existiert die Problematik der Grundschule Flessau, das sind eine Reihe von Themen, die Herr Jaensch, Schulleiter der Grundschule Flessau, angesprochen hat. Der Knackpunkt dort ist der Umstieg der Schüler sowohl nach der Schule als auch nach dem Hort. Dieses Problem soll zum 12. Dezember gelöst sein, weil Flessau eins der schwierigsten Gebiete im gesamten Landkreis zur Planung des ÖPNV ist, auch wenn das vielleicht so einfach erscheint.

Es gibt das Thema Osterburg und den ganzen Bereich Werben. Dort ist auf der einen Seite ein Fahrzeitproblem und zum anderen eine Schülerproblem, also zu viele Schüler. Das soll, wenn die Kommunikation läuft, am Montag nächster Woche gelöst sein.

Das Unternehmen arbeitet mit Hochdruck daran, das Problem Arneburg-Goldbeck zu entzerren, allerdings ist das ein äußerst komplexes Thema. Man könnte einen Bus von Arneburg nach Goldbeck schicken, aber das hat

gravierende Auswirkungen auf das Gesamtsystem. Auch hieran wird gearbeitet. Die Zielsetzung ist nach den Weihnachtsferien. Seit Montag dieser Woche ist die Problematik Dobbrun/Meseberg entzerrt. Hier gab es zeitliche Überschneidungen in der letzten Woche. Seit heute früh ist das Problem der Beförderung von Plätz und Bertkow nach Goldbeck erst einmal gelöst. Hier wird übergangsweise ein Verstärker eingesetzt. Das Thema Hort, also alles, was von Osterburg und Seehausen in den nördlichen Bereich geht, soll zum 10. Januar 2011, also nach den Schulferien, gelöst sein, da das ein Thema ist, wo sicher Planungsleistungen eine Rolle spielen. Somit geht das Beförderungsunternehmen davon aus, dass sich ein Großteil der Probleme nach den Weihnachtsferien erledigt haben wird, es müssen nur die Eckpunkte etwas verändert werden. Diese Zeitschiene wird als sehr realistisch eingeschätzt. Dennoch wird es immer noch Themen geben, die sicher noch nicht in den Griff zu bekommen sind, wie z.B. die Problematik der vollen Busse. Hier handelt es sich um eine Frage des Verständnisses und der Herangehensweise. Es wurde sicherlich bemerkt, dass der Stadtverkehr gar nicht erwähnt wurde. Der Stadtverkehr läuft stabil, dort gab es am Anfang ein paar Probleme, z.B. mit Umstiegen, die aber schnell behoben werden konnten.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Rößler und erteilt Herrn Bartels das Wort.

Herr Bartels bedankt sich bei Herrn Rößler besonders für die letzten Worte, speziell was die Grundschule am Eichenwald betrifft. Er vergleicht die Problematik mit der eines Produktionsbetriebes. Der Produktionsbetrieb kann nur etwas nach den Vorgaben des Bestellers herstellen. Verglichen mit den aufgeführten Problemen, muss festgestellt werden, dass sich das Unternehmen die größte Mühe gegeben hat. Herr Bartels stellt fest, dass die Veränderungen, die jetzt vorgenommen werden müssen, ursächlich auf die Vorgaben, die das Unternehmen von den staatlichen Stellen bekommen hat, zurückzuführen sind. Eine andere Schlussfolgerung kann er sich nicht vorstellen. Prinzipiell führt Herr Bartels aus, dass durch die Schließung der vielen Schulen auf dem Lande, und er bittet diesen Vergleich zu entschuldigen, die Schüler zur „Landtransportware“ gemacht wurden. Wenn jetzt noch verlängerte Busfahrten oder Fahrzeiten zustande kommen bzw. auch noch längere Wartezeiten, dann betrifft das in erster Linie nur unsere Kinder und zwar die Kleinsten am Härtesten. Er ist zwar dem Landrat dankbar, dass er die Schuld auf sich genommen hat, aber damit ist das Problem nicht gelöst. Deshalb bittet er darum, wenn in Zukunft wieder so etwas vorgenommen wird, ganz gleich in welchen Bereichen, dann sollten doch die Vorgaben für den Auftragnehmer konkreter werden.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Bartels für seine Ausführungen und erteilt Frau Schlieffe das Wort.

Frau Schlieffe stellt sich den Anwesenden vor und erläutert ihr Anliegen. Vor den Oktoberferien haben sie als Eltern von der Schule die Information zu den neuen Abfahrtszeiten bekommen. Was angesprochen werden soll, ist die Sicherheit der Kinder in den Morgenstunden. Der Bus fuhr bis zum 01. November um 06.45 Uhr im ersten Ort ab, jetzt fährt er 25 Minuten später. Gegenwärtig ist es so, dass die Kinder ungefähr eine Viertel Stunde alleine an der Bushaltestelle stehen, es ist dunkel, der Winter steht vor der Tür. Gerade in der heutigen Zeit müssen die Eltern Angst haben, wenn die Kinder unbeaufsichtigt an den Straßen stehen, die Bushaltestellen sind ja hauptsächlich an den Durchfahrtsstraßen. Es wurde auch an den Landrat geschrieben, dass die Eltern das nicht hinnehmen wollen. Die Kinder sind unser höchstes Gut. Die Kinder müssen sicher durch ihr Leben geführt werden. Frau Schlieffe fordert, dass sie als Eltern zwei Wochen vor der Einführung der neuen Busfahrtszeiten darüber informiert werden. Wenn der Fahrplan früher bekannt gewesen wäre, hätten die Eltern sicherlich auch ihren Beitrag geleistet. Die Meinungen wären gebündelt worden. Es sollte an oberster Stelle die Sicherheit der Kinder stehen und nicht die Kosteneinsparungen des Landkreises. Den Eltern ist bekannt, dass der Landkreis sparen muss, aber nicht zu Lasten der Kinder.

Frau Braun bedankt sich bei Frau Schlieffe.

Bezogen auf den Brief, den sie von Frau Schlieffe bekommen hat, bemerkt sie, dass es sehr positiv ist, dass Eltern Verbesserungsvorschläge gemacht haben, welcher Bus weg kann, welcher umsonst kommt, welcher gebündelt werden kann und auch dass Schulleiter Kompromissangebote unterbreitet haben. Ein halbes Jahr vorher hätten Beginn- und Öffnungszeiten verändert werden können, um eine Optimierung der Schülerbeförderung zu erreichen.

Herr Rößler bemerkt, dass dieses Beispiel zeigt, in welchem Teil der Materie man sich bewegt. Das Unternehmen nimmt das ernst, was ihnen geschrieben worden ist. Der ÖPNV kann bestimmte Themen nicht lösen. Und ein Thema sind beispielsweise Strukturprobleme, diese kann der ÖPNV nicht lösen.

Frau Schlieffe bemerkt, dass es vielleicht günstiger in Bezug auf die Schülerbeförderung wäre, wenn intensive Besprechungen in den einzelnen Schulen durchgeführt werden würden.

Frau Braun erteilt Frau Jagusch das Wort.

Frau Jagusch stellt sich vor und kritisiert die lange Wartezeit auf den Anschlussbus in Uchtsprunge von 25 Minuten. Außerdem müssten die Kinder dienstags eine Stunde in der Schule warten und sind dann erst 16:15 Uhr zu Hause. Außerdem spricht sie das Problem der Busbegleitung an. Eltern von Wilhelmshof hatten darum gebeten, dass ihre Kinder ein Zugticket bekommen. Die Wartezeiten wären nicht so lang und die Kinder früher zu Hause. Der Antrag wurde damals abgelehnt, weil in dem Falle keine Begleitung vorhanden ist. Aber nun ist es so, dass im Schulbus auch keine Begleitung da ist. In letzter Zeit ist es häufiger vorgekommen, dass ihre Kinder von den größeren Schülern belästigt werden. Da wurden Kaugummi in die Haare geklebt oder im Bus Bier getrunken und die leeren Flaschen auf die Straße geworfen.

Auch Frau Jagusch berichtet von überfüllten Bussen. Außerdem wäre in der Kurve die Bustür aufgegangen, das ist zweimal passiert. Sie fordert eine menschenwürdige Beförderung, wenn es schon vorgegebene Schulbezirke gibt.

Frau Braun bedankt sich bei Frau Jagusch und bittet Herrn Rößler auf die Probleme einzugehen.

Herr Rößler berichtet, dass das Thema Wilhelmshof und Uchtsprunge in Arbeit ist. Das Thema Bustür ist ihm bekannt. Es geht hier um eine Grundsatzfrage. Die technische Sicherheit der Fahrzeuge steht überhaupt nicht zur Debatte. Er bittet sich aber einfach Zeit aus, die notwendig ist, um zu recherchieren.

Frau Braun richtet die Frage an Frau Dr. Bergmann, warum jetzt keine Schulwegbegleitung mehr auf der Tour von der Diesterwegschule Richtung Börgitz vorhanden ist. Früher war hier Schulwegbegleitung, weil dort auch die großen Probleme mit Kindern, die teilweise aus der Diesterwegschule kommen, bekannt sind. Und deshalb sind dort immer zwei mitgefahren. Und warum ist das jetzt nicht mehr so?

Frau Dr. Bergmann berichtet, dass in einer gemeinsamen Abstimmung entschieden worden ist, dass die Schulwegbegleiter jetzt erst einmal an den großen Umsteigepunkten stehen, um dort den Kindern zu helfen, die richtigen Busse zu finden. Es muss dann aufgrund der neuen Linienführung mit „stendalbus“ gemeinsam überlegt werden, wie die Schulwegbegleiter auf den Linien neu einzusetzen sind, weil auch gewährleistet werden muss, dass diese Schulwegbegleiter auch noch einmal den Ursprungsort erreichen. Das ist in Vorbereitung, muss aber noch abgestimmt werden und läuft dann in den nächsten zwei bis drei Wochen.

Frau Braun schlussfolgert, dass dann wohl rund 40 Schulwegbegleiter nicht ausreichen.

Herr Bartels fragt Frau Dr. Bergmann, wenn das Problem vielleicht in 4 Wochen gelöst ist, was in der Zwischenzeit geschieht und wer die Verantwortung trägt. Und das ist, was er vorhin meinte. Die Aufgabenkreise für den jeweiligen Auftragnehmer sind ihrerseits unzureichend definiert und deshalb ist das Ergebnis der Arbeit des Busunternehmens nicht zufriedenstellend.

Frau Dr. Bergmann erläutert, dass der Einsatz der Schulwegbegleiter konkret mit dem Busunternehmen und dem Arbeitgeber der eingesetzten Personen abgestimmt wurde und auch ab nächster Woche neu entschieden wird. Das ist gar nicht anders möglich, weil die alten Linienführungen nicht mehr da sind und die Leute nicht mehr 1:1 auf den Buslinien eingesetzt werden können. Es hat nichts damit zu tun, dass sich darüber keine Gedanken gemacht wurde.

Herr Bartels erwidert, dass Frau Dr. Bergmann ihn missverstanden hat. Er meinte, das Problem hätte im Vorfeld geklärt werden müssen.

Frau Braun erklärt, dass Herr Bartels meint, das hätte vor 3 bis 4 Monaten abgeklärt werden können und erteilt Herr Oeberst das Wort.

Herr Oeberst bittet darum, die Fahrpläne nicht erst bis zum 10. Januar 2011 zu überarbeiten, denn die Schule beginnt bereits am 07. Januar 2011 wieder.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Oeberst und erteilt in der Reihenfolge Herrn Berlin, Herrn Zimmermann und dann Herrn Kloth das Wort.

Herr Berlin stellt die Frage, wenn es momentan eine solch angespannte Situation bei den Schulbusbegleitern gibt, inwiefern jetzt die Mitarbeiter des Schulamtes nicht kurzfristig mit einsteigen können.

Herr Hellmuth erläutert, dass das sicherlich nicht das Problem wäre, aber die Anzahl der Schulwegbegleiter ist über ein Programm festgelegt und kann nicht einfach erhöht werden.

Die Mitarbeiter des Schulamtes sind im Wesentlichen in den letzten Tagen jeden Morgen und jeden Abend mit an den Brennpunkten gewesen. Sie haben die Haltestellen gemeinsam mit dem Unternehmen kontrolliert usw.

Herr Berlin schlägt vor, aufgrund der Problematik im nächsten Jahr über die Arbeitsfördergesellschaft ein paar mehr Schulwegbegleiter zu bekommen. Es wird sicherlich schwierig, aber versucht werden muss es, auch zu Lasten anderer Projekte.

Frau Braun richtet die Bitte an Herrn Hellmuth, zusammen mit der ARGE und mit der Arbeitsförderungsgesellschaft eine kurzfristige Lösung zu finden, da der gegenwärtige Zustand so nicht hingenommen werden kann.

Herr Hellmuth bestätigt, dass er sich gleich am nächsten Tag darum kümmern wird.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Hellmuth.

Herr Zimmermann fordert, dass die Eltern vor Ort bei der Umsetzung der anstehenden Probleme einbezogen werden. Er bittet darum, dass die Schülerbeförderungssatzung beachtet wird, denn sie sagt aus, dass 60 Minuten Geh-, Fahr- und Wartezeit nicht überschritten werden sollen.

Herr Kloth bittet darum, ein Problem kurzfristig und nicht erst ab 10.01.2011 zu lösen. Es geht um die Beförderung von Seehausen zum Gymnasium Osterburg am Morgen. Da der Bus über Bretsch und Krevese fährt, müssen neben der zu langen Fahrzeit regelmäßig Grundschüler ab Krevese im Bus stehen. Er schlägt vor, einen normalen Bus und keinen Gelenkbus von Seehausen nach Osterburg direkt zum Gymnasium und einen zusätzlichen Bus über Krevese fahren zu lassen, so dass dann die Grundschüler in Krevese, die als letzte einsteigen, wenigstens auch sitzen können.

Herr Rößler antwortet darauf, dass der Gelenkbus eigentlich nicht mehr fahren sollte, das habe man am Freitag am Telefon so abgesprochen. Er wird sich danach erkundigen. Dass der Fall Gymnasium Osterburg, sprich ein Bus von Seehausen nach Osterburg direkt zum Gymnasium Osterburg ein generelles Problem ist, wisse man .

Herr Kloth spricht noch einmal die Transportzeiten, Wegezeiten und Umsteigezeiten an. Es müsste allen Bietern im Zuge der Ausschreibung bewusst gewesen sein, dass laut Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Stendal 30 min Wartezeit, 60 min Fahrzeit und 15 min Umsteigezeit einzuhalten sind.

Frau Braun stimmt ihm zu, dass in der Schülerbeförderungssatzung die Wege-, Warte- und Fahrzeiten so festgeschrieben sind.

Herr Kloth äußert, dass die tatsächlichen Beförderungszeiten von Gollensdorf bis Osterburg 90 min betragen.

Herr Zimmermann verweist auf den § 3 der Schülerbeförderungssatzung, der genau aussagt, dass die maximale Schulwegzeit (Geh-, Fahr- und Umsteigezeit) für die Grundschüler = 30 min und die Sekundarschüler = 60 min nicht überschritten werden soll.

Frau Schwarz hat noch einmal folgende Frage: Das Hauptproblem soll ja zum 10. Januar 2011 umgestellt werden, aber am 07. Januar 2011 fängt die Schule wieder an. Ihre Befürchtung ist, dass wir bei einer erneuten Umstellung wieder das Chaos haben nach 14 Tagen Ferien. Und das darf nicht passieren, zumal wir Winter haben und Schnee liegen kann. Der Freitag bringt keinem etwas und deshalb schlägt sie einen sauberen Schnitt zum 10.01.2011 vor.

Frau Braun findet den Vorschlag von Frau Schwarz sehr vernünftig.

Herr Hellmuth schlägt vor, dieses noch einmal abzustimmen. Es gibt für beide Varianten Für und Wider. Das Wichtigste ist, dass die Fahrpläne rechtzeitig rauskommen.

Frau Braun ergänzt: Und dass die Eltern und Kinder informiert sind.

Frau Christiansen – Weniger ist Elternteil und bezieht sich auf Herrn Berlin, dass er sich angesehen habe, wie voll die Busse in Tangerhütte waren. Es sind ja nicht nur die Kinder, die fahren, denn sie haben ihre Ranzen dabei, ihre Sporttaschen, eine Gitarre, Beutel u.a. Es herrscht also Platzmangel. Sie stellt die Anfrage, ob sie als Eltern einen Antrag stellen können, dass die Satzung der Schülerbeförderung dahingehend geändert wird, dass die Busse nicht mehr so voll sind, z.B. von 75% auf 40% Auslastung.

Frau Braun antwortet darauf, dass sie einen solchen Antrag leider nicht stellen könne, da sie nicht Mitglied des Kreistages ist. Aber hier sitzen genügend Kreistagsmitglieder, unter ihnen sogar der Landrat, der auch Mitglied des Kreistages ist. Der Landrat kann z.B. den Antrag stellen, dass der Kreistag eine Änderung der Satzung in diesem Bereich beschließt bzw. jede Fraktion und jedes Kreistagsmitglied kann das auch tun. Sie fordert die anwesenden Kreistagsmitglieder auf, darüber ernsthaft nachzudenken.

Herr Hellmuth schlägt vor, den Verkehr in den nächsten Tagen und Wochen erst einmal laufen zu lassen und sich dann in Ruhe zu unterhalten, ob hier Handlungsbedarf besteht.

Frau Braun verweist darauf, dass besonders die Kinder aus dem ländlichen Raum betroffen sind, denn die Städter haben diese Probleme nicht. Die Kinder vom flachen Land haben lange Wege und müssen alles kompensieren Musikschule, Sport und alles andere. Da sie alles mitschleppen müssen, ist das ein großes Problem. Sie sehe das auch so.

Frau Dräger schließt sich der aktiven Diskussion an und möchte auch einmal sagen, dass schon sehr viel überarbeitet wurde. Als Lehrerin an der Diesterweg - Sekundarschule kann sie bestätigen, dass es in der ersten Woche sehr viele Anrufe gab. Es wurde aber ständig Kontakt zum Busunternehmen aufgenommen, so dass zeitnah schon vieles erledigt werden konnte.

Dass es jetzt weitergehen muss und noch nicht zufriedenstellend ist, ist wirklich allen Beteiligten klar.

Sie verweist auf folgende Probleme:

Als erstes bringt sie den Fall an, dass Türen während der Fahrt aufgingen. Ein Schüler hat bestätigt, dass das wirklich passiert ist, weil der Bus zu voll war. Die Schüler haben sich im Treppenbereich bzw. im Aufgangsbereich aufhalten müssen und da ist es auch wirklich während der Fahrt passiert. Und so etwas darf es nicht geben.

Als zweites bemängelt sie die Kommunikation der Busfahrer untereinander über Handy, besonders bei Anschlussbussen. Es kann nicht sein, dass ein Bus schon weg ist und wegen Verspätung der andere auch nicht kommt. So ist es passiert, dass Kinder da gestanden haben und nicht wussten, wie sie nach Hause kommen sollten. Da muss man sich als Busfahrer einfach untereinander vergewissern.

Das sind alles heikle Themen und sie schlägt vor, sich im Dezember unbedingt noch einmal im Schulausschuss zu treffen, um genau Punkt für Punkt die Probleme zur Kenntnis zu nehmen und abzuarbeiten. Weiterhin soll die Möglichkeit bestehen bleiben, die Fragen schriftlich einzureichen. Im Dezember sollten deshalb alle Beteiligten noch einmal ins Gespräch kommen.

Frau Braun dankt Frau Dräger für den Hinweis und lässt gleich darüber abstimmen, ob der 14.12.2010 für die nächste Sitzung des Schulausschusses vorgesehen werden kann.

Herr Rößler äußert zur Problematik der Anschlussbusse, dass jeder Busfahrer einen aktuellen Fahrplan bekommt und dort die Anschlüsse drin stehen. Es ist grundsätzlich erst der Anschluss abzuwarten, das ist richtig. Er hat auch noch einmal jeden Mitarbeiter darauf hingewiesen, dass Anschlüsse zu sichern sind.

Frau Braun dankt Herrn Rößler, lässt über den folgenden Antrag abstimmen und sagt, danach kann weiter diskutiert werden.

Über den Antrag von Frau Dräger, dass man sich am 14.12.2010 noch einmal im Schulausschuss mit den Folgen dieser heutigen Veranstaltung und den aufgezeigten Problemen befasst und von allen Verantwortlichen berichten lässt, ist jetzt abzustimmen.

Die Fachausschussmitglieder sind 1- stimmig dafür, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung am 14.12.2010 kommt und alle Beteiligten zu dieser Veranstaltung wieder eingeladen werden.

Sie hat übersehen, dass Herr Wiese kein stimmberechtigtes Ausschussmitglied ist und entschuldigt sich. In diesem Fachausschuss ist die FDP stimmberechtigt.
Sie wiederholt die Abstimmung und bittet diejenigen, die dafür sind, um das Handzeichen.

Mit 1 Enthaltung ist der Antrag angenommen und jetzt wird in der Diskussion weiter verfahren.

Herr Berlin äußert, ihm wäre statt dem 10. Januar 2011 als Zielstellung der 20. Dezember 2010 lieber, damit es nicht wieder zu den ganzen Problemen mit den Fahrkarten kommt für die Berufsschüler und Gymnasiasten. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit, dass am 07.01.2011 bzw. 10.01.2011 Schnee liegt größer, als am 20.12.2010. Weiterhin gibt er zu bedenken, es wären am 20. Dezember und 21. Dezember noch zwei Tage Schulverkehr und wenn dann etwas nicht klappt, kann man noch etwas ändern und es ist nicht ganz so schlimm.

Herr Rößler sieht den 20. Dezember 2010 als insofern kritisch an, weil es erstens an dem Wochenende mit großer Wahrscheinlichkeit zu Problemen kommen wird im Landkreis und zum zweiten die Kommunikation zu allen laufen muss. Es müssen alle Schulen die Kommunikation zu den Kindern herstellen. Man kann die Kommunikation schon vorher machen, denn am Freitag, den 07.01.2011 kommen die Kinder in die Schule und wir hätten das gleiche Problem, was wir jetzt im November hatten. Freitag von zu Hause in die Schule kommen und Montag der neue Fahrplan. Es ist das Sinnvollste, den Fahrplan am 20.12.2010 zu kommunizieren und am 10.01.11 zu ändern. Wichtig ist, dass vor den Ferien die Kommunikation mit den Eltern passiert.

Herr Hellmuth äußert, das sei doch genau das, was wir machen. Am 20.12.2010 müssen die Fahrpläne in den Schulen sein.

Frau Braun erachtet diesen Termin als zu spät, denn am 20. 12.2010 sollte ja schon die Kommunikation erfolgen. Sie stellt die Anfrage, ob das leistbar ist?

Herr Rößler antwortet darauf, dass man durchaus auch gestaffelt vorgehen kann. Er würde sich morgen beim Landkreis melden, um abzustimmen, zu welcher Terminalschiene was zu machen ist und vielleicht kann man an einigen Stellen schon terminlich etwas vorziehen.

Frau Braun schlägt vor, so zu verfahren, wie vorgeschlagen.

Herr Prange spricht noch einmal Herrn Rößler an und meint, dass er sicher alles Gesagte angenommen hat. Er sei jetzt seiner Meinung nach in der Pflicht, zu sagen, wann die Probleme 100%ig gelöst sind. Herr Rößler könne zwar nicht versprechen, dass alles klappt, doch Herr Prange verpflichtet ihn zu sagen, dass alles klappt bis dahin. Weil jedes einzelne Kind ein Kind ist, wo wir uns drum kümmern müssen. Er möchte nur sein Versprechen haben in schriftlicher Protokollform. Denn er lese gerne Protokolle, wenn Menschen uns hier etwas versprochen haben. Er sei pflichtig, dass die Schülerbeförderung ab 10.01.11 läuft, ohne Wenn und Aber. Und dieses Versprechen soll er jetzt bitte abgeben.

Herr Rößler sagt als Antwort sehr deutlich, wenn er etwas verspricht, ist er in der Regel auch bereit, es einzuhalten. Dieses Versprechen könne er Herrn Prange nicht geben, weil es bestimmter Entscheidungen bedarf, die er gar nicht fällen könne. Er kann ihm nichts zusichern, wenn es um Entscheidungen in der Politik geht. Da müsse tatsächlich an den Rahmenbedingungen gearbeitet werden. Und wenn sich die Rahmenbedingungen erheblich verändern werden, müsse man auch an Grundsätzen rütteln, d.h. dass auch über Finanzen geredet werden muss. Er kann hier nur versprechen, dass wir alle Kraft daran setzten werden, dass das, was mit dem Landkreis abgestimmt wurde, auch umzusetzen und in die Reihe zu kriegen ist. Und dieses Versprechen kann auch zu Protokoll genommen werden.

Frau Braun dankt Herrn Rößler und nimmt ihn in Schutz. Sie habe nicht umsonst so umfangreich ausgehört. Dieses sei ein komplexes Thema: das beginnt mit der Aufgabenstellung, mit der Ausschreibung, endet mit den

Anhörungen und Kontrollen und jetzt geht es an's Eingemachte. Wenn man eine Leistung ausschreibt und 20 Busse werden eingespart, kann man dann diese Leistung nicht verlangen. Es muss abgeklärt werden, was kostet dieser Nachtrag, den wir wollen. Er muss durchgerechnet werden. Der Landrat muss dieses Ergebnis in die Haushaltsdiskussion einfließen lassen. Natürlich ist es unser aller politischer Wille, es umzusetzen. Aber ein Versprechen könne Herr Rößler ohne die Untersetzung der finanziellen Leistungen nicht geben.

Herr Prange meint dazu, wenn man das weiß, dann müsse man das machen. Aber es muss dann wirklich funktionieren. Man müsste in den verbleibenden 4-8 Wochen schaffen, dass zur Verfügung gestellt wird, was er braucht. Wenn es dann zum 10.01.2010 nicht klappt, sei man nicht fähig, einen Schulausschuss zu führen und man muss dann wirklich sagen, man gibt auf.

Er habe sich die Protokolle durchgelesen, wo er schon immer darauf hingewiesen hat, dass das nie funktionieren kann ab 01.11.2010, aber er möchte, dass es ab 10.01.2011 funktioniert.

Und wenn versäumt wurde, genügend Geld zur Verfügung zu stellen, müsse man sich Asche aufs Haupt streuen und sich den Fehler eingestehen. Wenn es berechtigt ist, müsse das Busunternehmen eben mehr Geld bekommen, aber die Politiker des Landkreises Stendal und alle Beteiligten müssen den Eltern auch sagen, dass das Ganze ab 10.01.2011 klappt.

Frau Braun ist der gleichen Meinung, dass sie als Kommunalpolitiker diese Zusage einfordern müssen. Der Landrat muss im Kreistag eindeutig sagen, dass die zusätzlichen Finanzen erbracht und bezahlt werden. Das sei nicht ihre Aufgabe, aber die Forderung kann erhoben werden.

Frau Schwarz hat noch einmal ein paar Fragen und eine Bitte. Zuerst die Bitte:
Bei aller Planung sollte man aufpassen, dass wir nichts“ verschlimmbessern“.

Alle reden wahnsinnig viel über volle Busse.

Die Fragen lauten: Wann ist ein Bus rechtlich voll? Wann ist er übertoll?

Und ab wann hat ihr Kind keinen Versicherungsschutz mehr, wenn ihm etwas in dem Bus passiert?

Herr Rößler antwortet darauf, dass das Kind immer Versicherungsschutz hat, egal wie voll der Bus ist, ob ich ein Ticket löse oder Schwarzfahrer bin.

Der einzige tatsächliche juristische Sachverhalt ist die Straßenverkehrsordnung oder Zulassungsverordnung. In der Zulassungsverordnung ist verankert, wie viele Personen in einem Bus sein dürfen. Hier steht das Schild meistens oben im Bus. Das kann in den Papieren abweichen; in den Papieren steht in der Regel noch mehr als oben im Bus, ca. 90 Personen in etwa in einem Solobus. Das ist in der Praxis überhaupt gar nicht machbar. Er kann versichern, dass kein Unternehmen schafft, überhaupt die zulässigen Zahlen in einen Bus reinzubringen, weil es einfach mathematisch gerechnet wird und da kommen in der Theorie 4 Personen pro m² raus. Das ist die logistische Seite.

Dazu gibt es einen zweiten Sachverhalt, die Satzung. Sie regelt, wie viele Kinder im Bus sein dürfen im Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Landkreis, dort stehen 75 % der Kinder drin. Und jetzt gibt es noch das viel größere Problem, welches mit der Rechtslage nichts zu tun hat, und dies ist die tatsächliche Wahrnehmung, wie voll ein Bus ist. Hier spielen wieder verschiedene Faktoren rein; auch da kann man nicht beurteilen, was gut oder schlecht ist.

Fakt ist z.B. die Tarifbestimmungen sagen aus, dass jeder Fahrgast nur berechtigt ist, Handgepäck mitzunehmen. Und er sagt ganz offen: die Größe und Menge des Gepäcks habe er nicht erwartet. Manchmal hätten noch Kinder in den Bus reingepasst, doch es ging gar nichts mehr, weil alles voller Taschen und Koffer stand. Er will es nicht weiter bewerten, doch es fällt uns jetzt auf die Füße. Hier muss man Regelungen finden und es muss praxisorientierte Lösungen geben. Und das ist der Punkt, wo wir jetzt alle gemeinsam dran arbeiten.

Frau Braun dankt Herrn Rößler für seine Erläuterungen und fragt, ob es noch grundsätzliche Fragen gibt. Da das nicht der Fall ist, fasst sie zusammen:

Es ist heute klar geworden, welche Problematik und welche umfangreichen Aufgaben da noch vor uns stehen und zu lösen sind. Um eines möchte sie noch bitten:

Der Landrat hat versichert, dass er ständig vom Land mehr Geld für die Schülerbeförderung in unserem Landkreis einfordert. Sie glaubt ihm das auch. Das Problem ist, dass man im Landtag nicht dafür plädiert, dass die Landkreise Stendal und Salzwedel als Flächenkreise mehr pro Kopf Schüler an Beförderungsmitteln bekommen, obwohl zwei Landtagsabgeordnete auf diese Missstände im Landkreis Stendal hingewiesen haben. Dann könnte diese ganze Brisanz hier aufgebröseln werden.

Der Landrat möchte jetzt politischen Druck machen und wir müssen vehement dafür eintreten. Sie dankt den Eltern für ihre Unterstützung und ruft sie auf, sich zu wehren. Man könne sich nur so stark machen und den Druck weitergeben, dass der Landrat mehr Geld vom Land bekommt. Und damit könnte auch die Aufgabe, die Herr Rößler jetzt bekommt, bezahlt werden.

Sie bedankt sich für die sachliche, kompetente und ganz faire Diskussion. Alle Verantwortlichen versprechen, dass bis zum 14.12.10 an den Problemen gearbeitet wird und dass diese bis zum Januar 2011, wie eingefordert, auch lösen wollen. In diesem Sinne schließt sie den Tagesordnungspunkt, sagt den Eltern noch einmal herzlichen Dank und wünscht ihnen einen guten Nachhauseweg.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschriften der 11. Sitzung vom 17.08.2010 und der 12. Sitzung vom 21.09.2010

Die Niederschrift ist allen fristgemäß zugegangen. Es gibt keine Einwände und Ergänzungen. Damit gilt der öffentliche Teil der Niederschriften der 11.Sitzung vom 17.08.2010 und der 12. Sitzung vom 21.09.2010 als festgestellt.

zu TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen Vorlage: 190/2010

Frau Braun kommt jetzt zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 und die Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen – Drucksache 190/2010 und übergibt dazu das Wort an Herrn Wulfänger:

Er erläutert im folgenden den Verwaltungshaushalt (VWH) 2011, den Vermögenshaushalt (VMH) 2011 und den Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzepts 2011 an Hand einer Präsentation (Anlage 1).

Er verweist darauf, dass für 2011 ein Haushalt geplant ist, der erstmalig mit dem Abbau von Fehlbeträgen beginnen soll, das heißt rund 2,7 Mio Euro sollen abgebaut werden.

Die Einnahmen durch das FAG, rund 1,8 Mio Euro für die Schülerbeförderung, entfallen ab dem Jahr 2010. Das trifft den Landkreis hart, denn diese Mittel muss er jetzt selbst finanzieren.

Frau Dr. Bergmann macht Ausführungen zum Verwaltungshaushalt des Schulverwaltungs- und Kulturstandes. Sie erläutert die Entwicklung der Schülerzahlen von 2008 - 2011 und die Entwicklung der Ausgaben je Schüler 2008 -2011. Das Schuljahr 2009/10 ist dabei Grundlage für die Planung des Haushaltsplanes 2011. Was den Schulausschuss am meisten interessiert, sind die vier Haushaltsstellen: Geräte u. Ausstattungen (52000), Lehr- und Unterrichtsmittel (59100), Schulveranstaltungen (60000) und Geschäftsausgaben (65000). Hier wird in den einzelnen Schulformen bei der Summe geblieben.

Frau Grewatsch spricht zu den Freiwilligen Leistungen im Haushaltsplan 2011 im Bereich Schulen und Kultur. Hier sind wie im vorigen Jahr insgesamt 67.500 Euro vorgesehen.

Sie erläutert an Hand der einzelnen Haushaltsstellen die Aufteilung der einzelnen Summen. (siehe: VWH- Zuschüsse an Dritte).

Insgesamt sind für den Haushaltsplan 2011 für den Bereich Schulen und Kultur für Zuschüsse an Dritte und andere freiwillige Leistungen in Höhe von 1.446.700 Euro geplant.

Herr Wulfänger nimmt noch einmal Bezug auf das Thema ÖPNV und verweist auf die Übersicht:

VWH-ÖPNV. Es ist zu erkennen, wie viel dem Landkreis der Busverkehr, Schülerverkehr und normaler ÖPNV-Verkehr kosten. Es wurde bereits schon vorhin darauf hingewiesen, dass die Fehlsomme von 1,8 Mio Euro - Zuweisungen vom Land einzufordern sind. Der Anteil des Landkreises ist durch diesen Fehlbetrag von 2,8 Mio Euro im Jahr 2009 auf 4,5 Mio Euro im Jahr 2011 angewachsen. Er erläutert im folgenden die einzelnen Positionen.

Im weiteren Verlauf macht er Ausführungen zum Vermögenshaushalt 2011- Gesamtüberblick mit 28 Mio Euro (siehe: VMH- Gesamtüberblick).

Der größte Betrag vom Vermögenshaushalt ist die Umschuldung von Krediten aus den Vorjahren. Die Kredite werden aber gebraucht, um Investitionen in Schulen und im Straßenbau ausführen zu können. Vergleicht man die Anteile der Ausgaben im Vermögenshaushalt, so machen 69 % die Tilgung von Krediten und Umschuldungen von Krediten aus, 19 % Schulinvestitionen und 7 % Straßenbaumaßnahmen, um nur 3 Schwerpunkte zu nennen.

Für Schulinvestitionen werden im Jahr 2011 finanzielle Mittel in Höhe von 5.352.800 Euro investiert. Die größte Baumaßnahme im Jahr 2011 wird dabei die Sekundarschule "Am Weinberg" in Havelberg sein. Dieses ist eine Maßnahme, die über mehrere Jahre läuft und über EU-Förderung mit finanziert wird.

Des weiteren werden finanzielle Mittel in die Sekundarschule Osterburg, Sekundarschule „Brunsborg“ Tangermünde, Sekundarschule „Komarow“ Stendal, Markgraf-Albrecht-Gymnasium Osterburg, Diesterweg-Gymnasium Tangermünde und Förderschule „Pestalozzi“ investiert. Außer beim Markgraf-Albrecht-Gymnasium Osterburg kommen verschiedene Förderungen in Ansatz: EU-Förderung, Förderung PC-Technik, von der Stadt Stendal Fördermittel Stadtbau Ost (siehe: VMH-weitere Eckdaten).

Frau Grewatsch gibt abschließend noch einen Überblick über das Haushaltskonsolidierungskonzept bis zum Jahr 2017.

Frau Braun dankt Herrn Wulfänger und Frau Grewatsch für die Vorstellung der Haushaltspositionen. Diese werden erst einmal zur Kenntnis genommen und sollen in den einzelnen Fraktionen diskutiert werden. Zu den einzelnen Positionen kann es bis zum 14.12.2010 noch Anträge, Ergänzungen und Veränderungen geben. Darüber sollte dann in dieser Sitzung diskutiert werden. Die Mitglieder des Fachausschusses sind damit einverstanden.

Sie bittet nun um Diskussionsbeiträge zum Haushalt.

Herr Berlin erfragt einer Übersicht mit den Fahrschülerzahlen für Grundschulen, Sekundarschulen und Gymnasien.

Frau Braun antwortet, diese werde dann allen mit dem Protokoll nach 14 Tagen zugeschickt.

Herr Wiese merkt an, dass es positiv sei, dass man die Bußgelder etwas runtergenommen hat, doch kann er nach der vorhergehenden Diskussion dem Haushalt überhaupt nicht zustimmen.

Er fragt:

1. Wie wollen wir uns denn mit der Schülerbeförderung befassen?
Wir geben ja mittlerweile 8,5 Mio Euro für die Schülerbeförderung aus und haben im vorigen Jahr 7,5 Mio Euro ausgegeben. Kann ihm das einer erklären?
2. Welche Nachteile die älteren Bürger jetzt alle haben, das ist auch ein Punkt, den man jetzt nicht ganz vergessen darf.

Frau Braun erklärt, dass die Summe von 8,5 Mio Euro durch die Durchläufer = 678.442,00 Euro Rückzahlungen von Verkehrsunternehmen minimiert wird.

Herr Wiese ist damit einverstanden, es bleibt aber trotzdem die Frage: Geben wir denn nun wirklich real weniger aus?

Herr Wulfänger antwortet darauf, dass diese Frage nicht aus dem Stegreif beantwortet werden kann.

Es stellt sich im VWH-ÖPNV folgendermaßen dar:

Jahr	Zuschussbedarf ÖPNV VWH gesamt in Euro	Rückzahlung von Verkehrsunternehmen in Euro
Erg.2009	2.835.737,00	678.442,00
Pl.2010	4.530.100,00	370.000,00
Pl.2011	4.415.500,00	0,00

Frau Braun äußert dazu, dass am 14.12.2010 dann nicht nur über Veränderungen in der Schülerbeförderung zu reden ist, sondern natürlich auch über die Satzung der Schülerbeförderung und über diese Eckzahlen. Es müssen Anträge gestellt werden, die in den Kreistag gehören und dieser muss das auch beschließen. Denn alles, was

vorher war, ist auch durch den Kreistag beschlossen worden. Wir müssen das ganze Prozedere durchexerzieren und müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Einsparpotentiale, die mit der Ausschreibung mit dem neuen System beabsichtigt waren, aus ihrer Sicht nicht zu realisieren sind.

Herr Wiese merkt an, dass der Landrat heute festgelegt hat, dass bis zum 14.12.10 die neuen Fahrpläne auf dem Tisch liegen sollen. Wenn bis dahin alles eingefordert wurde, was heute diskutiert wurde, dann hat Herr Rößler deutlich gesagt, wird er dem Landkreis auch mitteilen, dass das eventuell teurer wird. Somit können wir von vornherein sagen, wir haben hier einen Haushalt und können gleich einen Nachtragshaushalt hinterher schieben. Es gibt Sachen, die können im Augenblick nicht beurteilt werden und bevor die Probleme gelöst werden, gibt es noch ein paar Fragen zu klären.

Frau Braun dankt Herrn Wiese für den Beitrag und schließt daraus, dass beantragt werden soll, dass die Diskussionsinhalte und die Auswirkungen zum 14.12.10 Bestandteil der Haushaltskonsolidierung sein müssen und das Haushaltskonzept dann 2011 nicht so bleiben kann.

Unter Beachtung der zusätzlichen Kosten, die auf uns zu kommen im Zuge der Überarbeitung unserer Schülerbeförderung, Schülerbeförderungssatzung und der ganzen Auswirkungen und Mängel, die heute hier diskutiert wurden, beantragt der Schulausschuss die Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2011. Darüber soll erst einmal abgestimmt werden.

Herr Zimmermann hat dazu aber noch eine Frage: im Finanzausschuss im Mai wurde den Kreistagsmitgliedern gesagt, dass die 2,9 Mio Euro, von denen damals die Rede war, entstanden sind aufgrund der durchschnittlichen Kilometerleistung im Land Sachsen-Anhalt.

Man hat offensichtlich die Kilometerleistung für unsere Schülerbeförderung genommen und hat den Durchschnitt gegenüber dem Land dazu genommen und ist auf die Summe gekommen.

So einfach ist das aber nicht. Für ihn stellen sich folgende Fragen: Ist das Busunternehmen nicht in der Lage, dies alles zu machen oder waren die Vorgaben, die wir gegeben haben, einfach vollkommen falsch? Das Busunternehmen hat sich bereiterklärt, für dieses Geld eine Leistung zu erbringen und nun ist es nicht in der Lage, diese Leistung durchzuführen.

Frau Braun entgegnet darauf, dass bereits geklärt sei, dass es große Mängel in der Vorbereitung der Ausschreibung gegeben hat.

Herr Zimmermann meint aber, die Gelder wurden doch nicht „aus der Luft gegriffen“. Es standen schließlich Überlegungen dahinter.

Frau Theil nimmt noch einmal Bezug auf die Aussage von Frau Braun, die ganz am Anfang gesagt hat, wie die Historie war, sprich Nahverkehrsplan ganz anders als vorher und im Nahverkehrsplan haben sie als Kreistagsmitglieder bestimmte Dinge festgelegt, die auch im Unterschied zu dem stehen, zu dem Nahverkehrsplan vorher. So war die Grundlage für die Vergabe der Leistung. Das als erstes.

Als zweites wurde die Schülerbeförderungssatzung hoch und runter dekliniert und was es hier für Spielräume gibt, negativ oder positiv gesehen. In dem Fall ist es negativ zu sehen. Und die Auswirkungen, wenn man sie ausreizt, haben wir in den letzten Tagen zu spüren bekommen.

Die Rahmenbedingungen waren: Anschluss an den Schienenpersonennahverkehr und Anschluss an andere Linien. Herr Rößler hat es ja immer so als Rahmen oder Eckfahnen bezeichnet und mit einem Fußballfeld verglichen. Und da hat er sich nach gerichtet und die Fahrzeiten und Verspätungen, die wir jetzt haben, sind eine ganz andere Kiste und operativer zu lösen. Aber das waren die Vorgaben, nicht mehr und nicht weniger.

Frau Braun sagt zu Herrn Zimmermann, das müsse man erst einmal so akzeptieren.

Herr Wulfänger meint, es ist selbstverständlich, dass irgendwelche Änderungen, die jetzt in den nächsten Wochen mit dem Busunternehmen auftreten, einzuarbeiten sind für den Kreistag, das ist unstrittig. Jedoch sollte mit dem Beschluss über den Haushaltsplan 2011 nicht gewartet werden, um den ganzen Haushalt nicht aufzuhalten und ins nächste Jahr zu schieben, um nicht die gleichen Probleme wie in den letzten Jahren zu haben. Wenn Anträge gestellt werden sollen bis zur nächsten Sitzung am 14.12.2010 wäre es hilfreich für die Verwaltung, wenn diese ein bisschen früher gestellt werden, damit sie noch rechtzeitig eingearbeitet werden können, zumal bereits am 16.12.2010 der nächste Kreistag stattfindet.

Frau Braun stimmt dem zu und möchte, dass wir als beratender Ausschuss noch einmal darauf hinweisen und bitten, dass die Verwaltung im Gespräch mit dem Unternehmen das vorbereitet. Sonst geht uns die Zeit verloren und wir schaffen es nicht.

Herr Berlin macht Ausführungen zu den Rückzahlungen und wie wir da überhaupt hingekommen sind. Wir sind als Kreistagsabgeordnete hier, er persönlich seit 2004. Wir sind per Anzeige hier vom vorhergehenden Busunternehmen zur „Sau“ gemacht worden, weil wir ihre Preiserhöhungen nicht so einfach mitgemacht hatten. Das Land hat uns da dermaßen verschaukelt, die haben gesagt nein, wir werden die Preiserhöhung nicht genehmigen, dann hat das Land das doch genehmigt und wir wurden richtig erpresst. Entweder an den Pranger gestellt und dann haben wir die 400.000 € nachgekriegt, bis uns das gereicht hat, bis aufgrund von Änderungen Nachzahlungen vom Unternehmen gekommen sind.

Warum soll es heute nicht zu Veränderungen kommen? Sind Nachzahlungen oder Rückzahlungen gerechtfertigt? Wenn Kosten auf den Tisch kommen, möchte er schon, dass diese von der zuständigen Abteilung ÖPNV des Landkreises dahingehend geprüft werden.

Wir sind schon mal unter 2,8 Mio Euro gewesen. Und um den Haushalt nicht zu gefährden, möchte schon überprüft werden, welche Mehrkosten auf den Landkreis zu kommen.

Wenn am 14.12.2010 Schulausschusssitzung ist und die neuen Zahlen nicht auf dem Tisch liegen, zweifelt er an, ob das für den Haushalt in zwei Tagen ausreichend ist.

Von den Kosten absehen möchte er auf gar keinen Fall. Es müsse schon geprüft werden, ob Rückzahlungen oder Nachzahlungen entstehen.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Berlin und meint, es ändert nichts an dem Grundsatz, was sie vorher gesagt habe. Dass wir das jetzt festlegen, bedeutet auch, dass es Berücksichtigung findet. Berücksichtigung kann sowohl positiv als auch negativ sein, kann Nachzahlung oder auch Rückzahlung sein. Aber es geht darum, dass das Beachtung finden soll und das Papier bis zum nächsten Kreistag nicht so bleibt.

Herr Wulfänger betont noch einmal, dass die Zahlen, die da sind, auf jeden Fall mit eingearbeitet werden, das ist unstrittig. Aber auf alle Eventualitäten, die im Jahr 2011 eintreten können einzugehen, das funktioniert an dieser Stelle nicht. Ihm ist daran gelegen, dass wir mit dem Haushalt in die Schlussfassung kommen, weil da noch, wie schon zuvor gesagt, 5,4 Mio Euro im Vermögenshaushalt dran hängen, wo wir nicht erst im Sommer anfangen wollen, sondern mal ein bisschen früher.

Frau Braun dankt Herrn Wulfänger und übergibt das Wort an Herrn Kloth.

Herr Kloth macht folgende Ausführungen: Bei der Schülerbeförderung hat sich das Busunternehmen ja an unsere Vorgaben gehalten. Eine ganz wesentliche Vorgabe ist die Schülerbeförderungssatzung und wenn wir da jetzt hingehen und sagen, wir wollen mehr Geld einstellen, weil wir die ganze Sache entkrampfen wollen, dann machen wir den zweiten Schritt vor dem ersten. Wir müssen uns zusammenraufen und hinsetzen und erst mal die Rahmenbedingungen ändern, und das heißt z.B. ein Wörtchen „soll“, zudem es bereits in der Satzung drin steht. Die Beförderungszeit soll 60 Minuten z.B. nicht überschreiten. Der Antrag wurde gestellt und er wurde abgelehnt im Kreistag, als wir die Satzung geändert haben mit der Begründung, die auch nicht ganz von der Hand zu weisen ist, wenn ich das definitiv zusage, die 60 Minuten in jedem Fall, an jedem Tag, bei jedem Wetter. Aber wenn wir da jetzt hingehen und sagen, 60 Minuten ist das Maximum, dann können wir Probleme kriegen, die wir noch nicht haben. Die Frage ist, wie viel drüber kann man akzeptieren, kann man sagen ist noch verträglich und wieviel nicht.

Frau Braun antwortet darauf, dass wir das „soll“ ausführlich diskutiert haben. Es ist ein verbindlicher Verwaltungsbegriff und soll so sein für Weg- Wart- und Fahrzeit.

Herr Prange hatte am Anfang die Frage an Herrn Rößler gestellt, wann es 100%-ig mit der Schülerbeförderung klappt und ob er es uns versprechen kann. Herr Rößler hat zugesagt, dass er es für uns bis zum 14.12.2010 erarbeitet und dann wird er ja sicherlich auch die Mehrkosten berechnen und uns diese vorlegen. Dann haben wir die Kosten und können mit ihm diskutieren, woher diese kommen.

Frau Braun fasst noch mal zusammen, dass der Schulausschuss die Verwaltung beauftragt, die Dinge von Herrn Rößler aufzunehmen, die er zuarbeitet und diese sollen dann wiederum Bestand sein für das neue Papier, welches Herr Wulfänger für den Haushaltsplan erarbeiten wird, d.h. es soll da seinen Niederschlag finden und an-

schließlich für den Schulausschuss am 14.12.2010 und den Kreistag am 16.12.2010 zur Beratung und Prüfung vorliegen.

Herr Berlin hat klipp und klar gesagt, dass diese Unterlagen einer Prüfung zu unterziehen sind, was Sinn macht, denn man kann ja hier nicht „wild West“ spielen. Das ist sein Argument gewesen, das ist korrekt und das ist auch Bestandteil des Protokolls. Also, diese ganzen Themen hier zusammengefasst ergeben doch ein Bündelchen und ein Ergebnis. Herr Rößler wird zuarbeiten, Herr Berlin hat gesagt, das muss geprüft werden von der Verwaltung, ob es Sinn macht und wir empfehlen dem Landrat und der Verwaltung, dass das in dieses Konzept einzubringen ist. Darüber wird jetzt endlich abgestimmt, damit die Verwaltung einen klaren Auftrag hat. Wer dafür ist, dass so verfahren wird, den bittet sie um das Handzeichen.
Sie stellt weiter die Frage, wer dagegen ist und wer sich enthält.

Mit 1 Enthaltung wird die Empfehlung mehrheitlich an die Verwaltung und an den Kreistag gegeben.

Sie fragt an, ob es noch Fragen zum Haushalt gibt.

Herr Oeberst hat zwei Fragen: Zum einen ist ihm aufgefallen, dass bei integrativer Beschulung als Stichwort unterschiedliche Schülersätze für LB-Schüler und Sekundarschüler angesetzt werden, wie sie Herr Wulfänger vorhin vorgestellt hat. Wie erfolgt da die Berechnung, pro Schüler oder pro Schulform? Anders gefragt: Wenn ein LB-Schüler beispielsweise integrativ beschult wird an einer Sekundarschule, erfolgt dann die Berechnung für diese LB-Schüler nach dem Satz LB-Schüler oder nach dem Satz Sekundarschüler, weil sie an der Sekundarschule sind?

Frau Dr. Bergmann antwortet darauf, dass im Moment jetzt integrativ beschulte Kinder nicht berücksichtigt sind. Das habe man vernachlässigt, weil definitive Zahlen noch nicht zur Kenntnis gegeben wurden. Es wurde nicht extra rausgerechnet, sondern einfach nur die Anzahl der Schüler pro Schulform.

Herr Oeberst gibt den Hinweis, dies künftig zu berücksichtigen, weil das zunehmend der Fall sein wird.

Frau Braun versteht die Aussage von Frau Dr. Bergmann nicht. Wir haben doch Schuljahresbeginn im August gehabt. Und da war doch schon klar, dass es Schulen gibt, die integrativ beschulen und die Kinder standen doch schon fest, die da drunter fallen. Sie versteht nicht, dass wir das jetzt nicht berücksichtigen können in der Anhörungsphase. Die Schulen müssen im Mai melden, wer wohin geht und ab Mai war bekannt, wer ist integrativ zu beschulen, in welcher Schule und was hat das für Auswirkungen für.

Frau Dr. Bergmann antwortet darauf, dass wir das bei den Grundschulen wissen. Für Grundschulen sind wir aber nicht Schulträger, sondern bei den weiterführenden Schulen wird das nicht ausgewiesen, welches Kind in der Gesamtschülerzahl unter Umständen integrativ beschult wird oder nicht. Da gibt es im Moment keine massenhaften Zahlen, sondern wir haben das vernachlässigt an dieser Stelle, da an einigen Schulen vielleicht ein einzelnes Kind ist und an einigen Schulen gar keins.

Frau Braun äußert dazu, dass das ihrer Meinung nach ein Nachteil für uns ist, wenn wir mehr Zuwendungen dafür bekommen könnten. Da muss man diese Zahl herausfinden und das findet man, wenn man mit den Schulleitern spricht. Es wäre eine Verlagerung oder eine Erhöhung einer Zuwendung, wenn wir jetzt an einer Sekundarschule wirklich 2-3 Förderkinder haben.

Die Frage war klar und eindeutig: nein bis jetzt nicht und zukünftig wird es berücksichtigt.

Die zweite Frage von Herrn Oeberst lautet: Die LB-Schule Tangerhütte wurde geschlossen.

Aber wenn man z.B. dort anruft, nehmen Lehrkräfte ab und außerdem ist im Verwaltungshaushalt noch diese Position ausgewiesen. Nach seiner Kenntnis aus dem Schulausschuss ist die LB-Schule, Außenstelle, nicht mehr existent.

Frau Dr. Bergmann erläutert dazu: Die Kinder in Tangerhütte, die dort tatsächlich noch beschult werden, sind sogenannte ausgelagerte Klassen und die zählen zur LB-Schule Pestalozzi Stendal und da sind sie auch mit berücksichtigt. Wir haben auch für die Kinder dort oder für diesen Schulbereich keinen extra Haushalt mehr, sondern das ist der Haushaltsplan der LB-Schule Stendal und hier sind diese Schüler mit drin.

Frau Braun entgegnet, dass darüber schon einmal gesprochen wurde, denn sie erinnere sich ganz genau. Diese Schüler werden noch weiter beschult bis zum Ende des Schuljahres und die 1.bis 3. Klassen kommen gleich in

die Grundschule. Es ist nur noch dieses Schuljahr, also ein auslaufendes Modell. Es gibt dann keine ausgelagerten Klassen in Tangerhütte mehr, sondern alles wird dann hier in Stendal beschult.

Sie gibt noch einmal an Herrn Wulfänger den Hinweis, dass alles das, was heute besprochen wurde, Berücksichtigung finden muss und merkt folgendes kleines Problem an:

Auch wenn es nur 2.000 € sind, sieht sie nicht ein, dass wir eine Musikschule in Rathenow mit 2.000 € unterstützen, denn das ist eine freiwillige Aufgabe. Freiwillige Aufgaben können wir uns kaum leisten oder dürfen uns die gar nicht leisten bei dem Verschuldungsgrad. Und wenn wir diese Türen öffnen, dann können Kinder kommen aus dem Osterburger/Seehäuser Bereich und damit unterstützen wir die Musikschule in Wittenberge, denn dort gehen auch schon Kinder hin.

Da alle den gleichen Anspruch haben, müssten wir dann auch andere überkreisliche Einrichtungen mit fördern, nämlich nach dem Gleichheitsgrundsatz.

Herr Wiese entgegnet darauf, das haben wir aber beschlossen.

Frau Braun sagt, da muss sie nicht da gewesen sein, denn sie sehe das heute zum ersten Mal.

Herr Wiese äußert weiter dazu: Sicherlich ist es für Kinder in dem abgelegensten ländlichen Raum, und wir sollten die Kinder auf den Dörfern nicht vergessen. Und statt bei diesen 2.000 € zu sparen, sollte man lieber bei Lohnkosten einsparen und wir brauchen uns dann auch nicht über den Schülertransport zu unterhalten. Über die 2.000 € sollte nicht mehr geredet werden.

Herr Berlin möchte die ganze Sache unterstützen. Wenn man da lang fährt, dann muss man auch durch das Land Brandenburg fahren, weil die Straßen so sind und er glaube zu wissen, dass von Rathenow Leute zu unserem Theater fahren. Also im Endeffekt sollten wir uns wegen der 2.000 € nicht haben, denn diese Leute zahlen fürs Theater bestimmt mehr als 2.000 €

Frau Braun lässt sich überzeugen und ist aus genannten Gesichtspunkten auch dafür.

Herr Prange schildert aus seiner Sicht als Bürgermeister der Mitgliedsgemeinde "Altmärkische Höhe" der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) die Haushaltssituation der Umlandgemeinden. Wir lassen ja den Haushalt des Landkreises durch die Verschuldung der Umlandgemeinden kontrollieren, d.h. ja, solange konsolidiert sich der Kreishaushalt mit der Belastung der umliegenden Bevölkerung. Es wird ja im nächsten Jahr bestimmt keine Gemeinde - außer Stendal vielleicht - oder Verbandsgemeinde mehr sein, die nicht in Konsolidierung geht. Er habe im letzten Jahr schon gesagt, dass er diesem Haushalt auf alle Fälle nicht zustimmen werde, weil es Mehrkosten seiner Gemeinde sind und er sich in diesem Jahr von fast 0 schon auf 250.000 € im Verwaltungshaushalt verschuldet habe und in Konsolidierung ist. Und im nächsten Jahr komme die selbe Summe noch mal dazu. Das kann er nicht tragen und stimme diesem Haushalt sicherlich wieder nicht zu. Er hofft, dass in diesem Jahr ein paar mehr Leute da sind, die den Kopf frei kriegen und sagen, irgendwo müssen wir ja, denn wir lassen uns vom Land alles gefallen, wir sparen uns zu Tode, versuchen alles auf den Bürger runterzugeben, wir versuchen auf Kosten der Kinder den Schulbus zu sparen und das Land guckt zu und sagt doch immer, das klappt doch bei euch, machen wir weiter so und wir beschweren uns nicht, wir gehen nicht auf die Barrikaden. Sicherlich kommen die Barrikaden im nächsten Jahr am 20. März, wenn Landtagswahlen sind, bloß die werden uns auch nicht weiterhelfen. Die Stendaler können sich vielleicht noch tragen, trotzdem können die anderen sich nicht tragen. Und den Ausspruch, den Herr Dr. Opitz mal gesagt hat, zieht doch alle in die Stadt, den Ausspruch brauche ich hier nicht. Das Problem wiegt hoch zehn. Er weiß nicht, wie wir diesen Haushalt auf Kosten der Bürger durchprügeln wollen.

Frau Braun entgegnet darauf, sie habe im letzten Jahr auch nicht zugestimmt. Aber Fakt ist eins: Sie vermisste auch die so wichtige Gegenwehr, das Land saniert sich oder will sich sanieren, sie fahren runter ohne Ende und wir hier unten, wo die Musik spielt, an uns wird nicht gedacht. Das sei für sie auch ein Problem. Und die Städte und Gemeinden, die durch die Gebietsreform in der Aufbau- und Entwicklungsphase sind, haben keine Spielräume mehr, das geht doch nicht.

Herr Berlin merkt an, dass kein Kreistag soviel Landtagsabgeordnete hat wie wir.

Herr Wulfänger erklärt, dass unsere Landtagsabgeordneten sicher viel Prügel dafür gekriegt

haben, sich dafür einzusetzen, dass wir hier im Nachteil sind gegenüber anderen. Er macht nun Ausführungen zur Kreisumlage. Diese ist im Rhythmus von 2 Jahren zeitversetzt. Im Jahr 2011 rechnen wir mit einer höheren Kreisumlage gegenüber 2010, mit 3,4 Mio €mehr. Die ist möglich, weil wir von den Steuereinnahmen der Gemeinden profitieren. Trotzdem geht sie bei fast identischem Hebesatz um fast 4 Mio wieder nach unten im Jahr 2012. Das Dilemma ist, je mehr Kreisumlage, desto weniger Geld haben die Gemeinden für sich.

Herr Berlin merkt an, dass noch die Gewerbesteuerrücklage dazu kommt, die von den Gemeinden gezahlt wird, wie im schlechten Jahr, weil es ja zeitversetzt ist. Das Finanzministerium sollte festlegen, dass es in guten Jahren oder generell eine Rücklage- verpflichtung gibt, weil man ja weiß, dass man daraufhin zwei Jahre später mehr bezahlen muss an Umlage.

Herr Prange verweist noch auf das Problem der Bevölkerungsstatistik. Da die Bevölkerung statistisch sinkt, könnten theoretisch auch die Arbeitsverhältnisse im Landkreis sinken. Man könnte eine Umlage bilden, 10 % weniger Einwohner -10 % weniger Angestellte. Aber das geht ja alles nicht so einfach. Wir sparen uns hier zu Tode und hängen hier am Bettelstab des Landes, sind die ärmste Region und werden im Landtag nicht gehört.

Frau Braun dankt für die Diskussionsbeiträge. Man habe ausgiebig diskutiert und der Verwaltung eine Aufgabe mitgegeben. Damit schließt sie den Tagesordnungspunkt 5.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Frau Braun weist darauf hin, dass zusammen mit der Schriftführerin ein Sitzungsplan für 2011 erarbeitet wurde. Der Rhythmus wurde beibehalten (jeder 3. Dienstag im Monat). Es wurde jeder Monat genommen und nach Arbeitslage und Aufgabenstellung wird dann entschieden.

Die geplanten Sitzungstermine für das Jahr 2011 sind wie folgt:

18.01.2011, 15.02.2011, 15.03.2011, 19.04.2011, 17.05.2011, 14.06.2011,
19.07.2011, 16.08.2011, 20.09.2011, 18.10.2011, 15.11.2011 und 20.12.2011.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Termine zur Kenntnis. Sie sind Inhalt der Niederschrift.

Herr Kloth spricht das Ortseingangsschild von Vielbaum an, weil der jetzige Standort sehr ungünstig ist. Es wurde vor Monaten versetzt, und zwar in den Ort hinein in unmittelbare Nähe der Bushaltestelle. Er hat beobachtet, dass der Schülerverkehr davon tangiert wird und betrachtet es als echte Gefahrenquelle.

Frau Theil antwortet darauf, dass hierfür das Straßenverkehrsamt zuständig sei.

Darauf entgegnet Frau Braun, dass der Schülerverkehr davon betroffen ist und deshalb sei es unumgänglich ist, dass die Ämter zusammen kommunizieren und einen Lösungsansatz finden.

Herr Wulfänger antwortet, dass das Problem bekannt ist. Wir versuchen eine Lösung zu finden, wann, kann ich an dieser Stelle nicht versprechen. Das Problem ist nicht so ganz einfach an dieser Stelle, aber wir versuchen, eine Lösung zu finden, wir sind dabei.

Frau Braun kennt diese Problematik aus ihrem eigenen Ort. Normalerweise gehört das Ortseingangsschild an den Ortseingang. Sie weiß, dass es nicht überall so ist. Aber es darf hier kein Verkehrshindernis sein, entweder wird die Bushaltestelle oder das Schild versetzt, anders kann es wohl nicht gehen. Darüber müsse man diskutieren, einmal vor Ort sein und dann wird es gemacht.

Herr Wulfänger verweist darauf, dass es an verschiedenen Orten Probleme mit den Ortseingangsschildern gibt, weil die Schilder immer wieder woanders hingehängt werden. Es werden aber die Orte durchgegangen und es wurden auch schon wieder Ortsschilder zurückgesetzt.

Frau Braun merkt an: Aber Gefahr in Verzug sollte man doch beachten.

Herr Berlin gibt noch einmal den Hinweis, alle heute aufgeworfenen Probleme und die Antworten mit ins Protokoll zu nehmen.

Frau Braun stellt auf Anfrage fest, dass es keine weiteren Anfragen und Hinweise im öffentlichen Teil gibt und schließt diesen damit ab. Sie bedankt sich bei allen anwesenden Gästen und wünscht ihnen einen guten Heimweg.